

(*) Wendelin Ettmayer

CHINA-RUSSLAND-USA

und die

ZUKUNFT EUROPAS

1. Wer bestimmt die internationale Ordnung?

Betrachtet man die Entwicklung der internationalen Ordnung in der Geschichte, so kann man feststellen, dass sich diese immer wieder dann verändert hat, wenn sich die **Kräfteverhältnisse zwischen den Großmächten** verschoben haben. Spanien und die Habsburger waren die herausragende Macht des 16. Jahrhunderts. Nach dem 30-jährigen Krieg wurde Frankreich die dominierende Macht auf dem europäischen Kontinent. Zunächst wurden die Niederlande und dann England die dominierenden See- und Handelsmächte. Das europäische Mächte-Gleichgewicht des 18. Jahrhunderts wurde durch Napoleon und Frankreich grundlegend erschüttert. Die industrielle Revolution ermöglichte den Aufstieg Großbritanniens und die Schaffung des Britischen Empire. Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zweiten Weltkrieg schufen die Sieger jeweils eine neue internationale Ordnung. Das Machtstreben der Staaten und der Kampf zwischen ihnen war stets eine wesentliche Grundlage des europäischen Staatensystems.

Wie ist es zu dieser neuen „Zeit der Großmächte“ in der Weltgeschichte gekommen? Im Jahr 2002 habe ich in der Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie eine Broschüre mit dem Titel „Von der Welt der Staaten zum Weltstaat- und zurück“ geschrieben. Nach dem Sieg im Kalten Krieg ist es den USA gelungen, eine weltweite Vorherrschaft zu erreichen. Die darauffolgende Phase der Globalisierung hat zu einem weitgehend einheitlichen Markt in der Welt geführt und die amerikanische Dominanz noch gestärkt. Gleichzeitig fand aber ein entscheidender wirtschaftlicher Aufschwung in anderen Ländern, insbesondere in China, statt. Dieser hat dazu geführt, dass neue Länder wirtschaftlich wesentlich stärker wurden. Diese neue wirtschaftliche Stärke wollten China und die BRICS in mehr politische Mitsprache in einer neuen Weltordnung umsetzen. Die USA hingegen wollen ihre

bisherige Vormachtstellung behalten, während neue Mächte eben eine Veränderung anstreben. Eine starke wirtschaftliche Verflechtung gibt es noch, aber politische Rivalitäten, militärisches Machtstreben und der Kampf um Einfluss in der Welt bestimmen nunmehr das politische Geschehen.

Die Ära, in der die USA nach dem Ende des Kalten Krieges nahezu unangefochten dominierten, ist vorbei. Die Welt wird wieder maßgeblich durch den Wettbewerb der Großmächte geprägt. Heute sind China, Russland und die USA jene **Mächte, die die internationale Ordnung bestimmen**. Die USA sind seit dem Zweiten Weltkrieg die herausragende politische, wirtschaftliche und militärische Macht und heute bestimmend in wesentlichen Bereichen wie in der Hochtechnologie. Russland verfügt über das größte Arsenal an Atomwaffen; und China ist in wenigen Jahrzehnten eine dominierende Wirtschaftsmacht geworden, die ein Monopol bei manchen seltenen Erden hat. Allen drei Mächten ist gemeinsam, dass ihr internationales Engagement in einem Sendungsbewusstsein verankert ist, das durch die konkrete Außenpolitik umgesetzt werden soll.

Nun hat der kanadische Ministerpräsident Mark Carney schon beim World Economic Forum in Davos 2026 vorgeschlagen, die „**Middle Powers**“ sollten stärker zusammenarbeiten, um als Gegengewicht zu den Supermächten ihr Interesse besser vertreten zu können. Er hat dafür großen Beifall bekommen. Die Frage ist allerdings, was dieses Modell in der Praxis tatsächlich bewirken könnte, wobei die Schwierigkeiten schon damit beginnen, wer bei dieser Konstellation die Führungsrolle übernehmen soll.

Eine andere Theorie verweist darauf, dass sich die **Wesenszüge der Macht** geändert haben und Großmächte nicht mehr, so wie früher, anderen Staaten willkürlich ihren Willen aufzwingen können. Als Beispiel dafür werden die Schwierigkeiten angeführt, die Russland im Krieg mit der Ukraine hat; die die Amerikaner im Iran haben; oder Israel mit Hamas und Hezbollah. So richtig es ist, dass es durch die technologische und gesellschaftliche Entwicklung schwieriger geworden ist, jemandem mit militärischer Macht seinen Willen aufzuzwingen, so sind die von den Großmächten entwickelten militärischen Fähigkeiten, ihre wirtschaftliche

Stärke und ihre Möglichkeiten, neue Technologien zu entwickeln, immer noch entscheidend dafür, wer die internationale Ordnung bestimmt.

2. Das Sendungsbewusstsein der Großmächte

In diesem Sinne soll hier zunächst ausgeführt werden, wie China, Russland und die USA ihr eigenes Sendungsbewusstsein sehen bzw. wie sie dieses in der Welt verwirklichen wollen. Dieses Sendungsbewusstsein zeichnet sich immer wieder dadurch aus, dass geopolitische Ziele wichtiger sein können als wirtschaftliche Interessen.

Ein wesentlicher Teil des **chinesischen Sendungsbewusstseins** ist die „große Erneuerung der chinesischen Nation“. China war, als „Reich der Mitte“, über Jahrhunderte eine der wichtigsten Zivilisationen der Welt. Erst durch die Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert konnte der Westen seine Vorherrschaft weltweit errichten. Diese wurde dann dazu benutzt, in den „Opium-Kriegen“ (1839- 1842; 1856- 1860) China nicht nur zu besiegen, sondern auch zu demütigen. Westliche Mächte besetzten Gebiete und erzwangen Zugeständnisse. Der Opiumhandel musste erlaubt werden; China konnte nicht mehr selbst bestimmen, unter welchen Bedingungen Ausländer Handel betrieben. Der kaiserliche Beamte Lin Zexu leistete Widerstand. Er ließ 1839 die Opiumvorräte britischer Händler vernichten, im aussichtslosen Kampf gegen das Rauschgift, das China überschwemmte. Er ist heute ein Nationalheld. Hongkong musste an Großbritannien abgetreten werden. Der Westen gewann nicht nur die politische Herrschaft über China; Briten, Amerikaner, Franzosen und andere unterstanden in China nicht mehr der chinesischen Gerichtsbarkeit. China musste die Einfuhrzölle auf westliche Waren auf ein niedriges, vertraglich festgelegtes Niveau begrenzen. In die chinesische Geschichte ging diese Epoche als das „Jahrhundert der Demütigung“ ein.

Seit dem Sieg der kommunistischen Revolution 1949 wurden Souveränität und Selbstbestimmung entscheidende Wesenselemente der chinesischen Politik. China darf nie wieder schwach und von fremden Mächten abhängig sein. Der **wirtschaftliche Aufschwung** der letzten Jahrzehnte ist nun die Grundlage dafür, Peking eine führende Rolle in einer multipolaren Welt einzuräumen. Im Welthandel, im Bereich der Hochtechnologie und überhaupt bei der Gestaltung der internationalen

Ordnung will China anderen Ländern zeigen, dass Modernisierung und wirtschaftlicher Erfolg nicht nur in einem politischen System möglich sind, das westlich geprägt ist.

Während das Sendungsbewusstsein der USA darauf ausgerichtet ist, der ganzen Welt universelle Werte, Freiheit und Demokratie zu bringen, geht es China um die **nationale Wiedergeburt**, um die Wiederherstellung der chinesischen Stärke. Dazu gehören die Wiedervereinigung mit Taiwan, sowie langfristige wirtschaftliche und politische Vernetzungen. Während das amerikanische Weltbild von einem „Freund gegen Feind“ Verhältnis geprägt ist („Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“), sucht Peking **pragmatische Beziehungen** zu Ländern auch mit unterschiedlichen politischen Systemen. In diesem Sinne versucht China mit der Belt and Road Initiative durch den Ausbau der Infrastruktur engere Beziehungen zu Ländern in Europa, Asien und Afrika aufzubauen. Durch den Ausbau von Häfen, Eisenbahnen, Straßen und Energie- Projekten ist es gelungen ein umfassendes Netzwerk von wirtschaftlichen Beziehungen aufzubauen. Insgesamt hat das Projekt der „**Neuen Seidenstraße**“ von 2013-2025 ein Finanzierung- und Investitionsvolumen von 1400 \$ Milliarden erreicht.

Die Wesenszüge dieser Politik hat Staatspräsident Xi Jinping im März 2023 in der **Global Civilization Initiative** vorgestellt. Dazu schreibt Hannes Fellner: Während frühere Konzepte der Globalisierung häufig von wirtschaftlichen und politischen Interessen bestimmt waren, stellt diese Initiative die kulturelle und zivilisatorische Dimension in den Vordergrund. Ohne die **Verständigung zwischen den Kulturen**, ohne den Respekt für die Eigenarten historisch gewachsene Zivilisationen, bleibt jede internationale Ordnung unvollständig und brüchig. Regierungen sollen nicht anderen Ländern ihre eigenen Werte und politischen Institutionen aufzwingen. Das Bestreben des Westens, seine Menschenrechte anderen vorzuschreiben, wird als neue Form des Kolonialismus gesehen. Heute geht es darum, über kulturelle Grenzen hinweg zu kooperieren. Die Global Civilization Initiative ist eine Einladung, die Unterschiede der Kulturen, Traditionen und Entwicklungen nicht als Barrieren, sondern als Brücken zu verstehen. **Harmonie** entsteht eben durch die Fähigkeit, bestehende Unterschiede zu respektieren.

Russland wiederum sieht sich in seinem Sendungsbewusstsein nicht als einfacher Nationalstaat, sondern als **eigene Zivilisation**, die es zu verteidigen gilt. Das betrifft die russische Sprache und Kultur; die russisch- orthodoxe Tradition; sowie die eigene historische Entwicklung. Diese Werte und Institutionen sollen im Rahmen einer starken staatlichen Organisation und Autorität verteidigt werden. Dieses Modell kann durchaus im Gegensatz zu den vom Westen vertretenen System liberaler Werte gesehen werden.

Die religiös-historische Tradition Russlands reicht bis ins Mittelalter zurück. Nach dem Fall Konstantinopels 1453 entstand die Vorstellung, dass Moskau nunmehr als Zentrum der orthodoxen Christenheit das „**Dritte Rom**“ geworden ist. Daraus entwickelte sich die Vorstellung einer besonderen historischen und religiösen Aufgabe Russlands. Somit sieht sich Russland als Schutzmacht der orthodoxen Christen und heute auch der russischsprachigen Bevölkerung außerhalb der Grenzen des Landes. Das spielt natürlich in den Beziehungen gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken eine Rolle. Darin liegt ein großer Unterschied zu einem klassischen westlichen Nationalstaat: Die russische Nation wird größer gedacht als die territorialen Grenzen der Russischen Föderation. Moskau sieht also seine Mission ganz entscheidend in der Bewahrung und im **Schutz der „russischen Welt“**.

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muss **Russland eine Großmacht** sein. Dazu gehören militärische Stärke und ein Einfluss auf die Nachbarstaaten. Der ständige Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und das große Arsenal an Atomwaffen sollten die weltpolitische Handlungsfähigkeit gewährleisten. Die Erinnerung an das Zarenreich und an die Sowjetunion spielt dabei eine wichtige Rolle. Tatsächlich hat Russland mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion viele jener Gebiete verloren, die seit Peter dem Großen und Katharina der Großen im 18. Jahrhundert russisch wurden. Kein Wunder, dass Wladimir Putin den Zerfall der UdSSR einmal als die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet hat.

Das russische Sendungsbewusstsein ist also sehr stark in der Geschichte des Landes begründet und kommt eben auch zum Ausdruck im Wort

„Russkij Mir“, dass sowohl Frieden, als auch „russische Welt“ bedeutet. Diese „russische Welt“ steht für eine kulturelle und sprachliche Gemeinschaft und hat somit auch eine politische, ja geopolitische Bedeutung. So muss eben Russland vom eigenen Selbstverständnis her eine Großmacht sein, eine bloße regionale Macht würde diesem Selbstverständnis nicht entsprechen. Der 2014 von der Regierung in Kiew gefasste Beschluss, in der Ukraine die russische Sprache, die orthodoxe Tradition, ja die russische Kultur zu verbieten, bedeutete daher einen Schlag gegen all das, wofür Russland steht. Die Ausdehnung der NATO auf die Ukraine wurde daher von Moskau als der Versuch des Westens gesehen, den russischen Einfluss auch dort zurückzudrängen, wo dieser historisch und kulturell seit Jahrhunderten verankert war. Immerhin sieht Russland seine Geschichte, ja seine Ursprünge, in der zentralen Rolle der Kiewer Rus begründet.

Getragen von diesem Geschichtsverständnis hat der russische Präsident **Wladimir Putin** 2007 bei der **Sicherheitskonferenz in München** seine Vorstellungen von einer künftigen Weltordnung dargelegt. Im Westen wurden diese Ausführungen vielfach als „Angriff auf die internationale Ordnung“ dargestellt, während es Putin eher darum ging aufzuzeigen, wie eine multipolare Ordnung der Zukunft aussehen könnte. Es war keine „Rede gegen den Westen“, wie man vielfach lesen und hören konnte, sondern eine Rede darüber, wie sich der Westen über russische Interessen schlicht und einfach hinweggesetzt hat. So übte der russische Präsident Kritik daran, dass die USA nach dem Ende des Kalten Krieges alleinige Weltmacht mit einer globalen Entscheidungsgewalt sein wollten. „Das unipolare Modell ist ungeeignet in der heutigen Welt“. Putin warf den USA vor, ihre nationale und politische Ordnung auf andere Staaten übertragen zu wollen und dabei militärische Gewalt ohne Legitimation der UNO einzusetzen. Er kritisierte, dass die USA ihre politische und wirtschaftliche Dominanz unter Missachtung des Völkerrechts ausbauen wollten. Sein grundsätzlicher Vorwurf: Eine von einer einzigen Macht bestimmte Weltordnung erzeugt neue Konflikte und keine Sicherheit.

Was die **NATO- Osterweiterung** betraf, so akzeptierte Putin grundsätzlich, dass souveräne Staaten ihre Bündnisse selbst wählen. Er fragte aber ausdrücklich, warum mit der NATO-Erweiterung auch Panzer

und Raketen näher an die russischen Grenzen gebracht werden. Putin warnte vor einer Rückkehr des Wettrüstens und davor, dass der Aufbau neuer amerikanischer Raketensysteme die Sicherheit in Europa beeinträchtigen könnten. Gleichzeitig betonte er, dass die Anwendung militärischer Gewalt durch die UNO-Charta legitimiert sein müsse. „Man darf die UNO nicht durch die NATO oder die EU ersetzen“.

Die klare Botschaft dieser Rede an der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 war, dass sich der russische Präsident gegen eine **Sicherheitsordnung** aussprach, die in Europa nach 1991 gegen Russland aufgebaut wurde. Während diese Rede grundsätzlich einen defensiven Charakter hatte, wurde sie von westlichen Medien als aggressiv gegen den Westen ausgerichtet dargestellt. Tatsächlich sprach sich Putin für mehrere Machtzentren aus, bei denen auch die Interessen Russlands berücksichtigt würden. Das strategische Gleichgewicht zwischen den großen Mächten sollte erhalten bleiben. Offensichtlich wollte man im Westen diese Nachricht nicht verstehen bzw. suchte man eine Rechtfertigung für die eigene offensive Strategie.

Während also China und Russland in ihrem Sendungsbewusstsein die **eigene Zivilisation** in den Mittelpunkt stellen, sei es als „nationale Wiedergeburt“ oder als Grundlage für die eigene Vormachtstellung, hat der **American Exceptionalism** einen **universellen Charakter** und betrifft die verschiedensten Lebensbereiche. Demnach stehen die USA für universelle Werte, für Freiheit und Demokratie in der ganzen Welt, eben für eine amerikanische Führungsrolle in der „freien Welt“. Amerika dominiert, das zeigen schon die in diesem Zusammenhang verwendeten Begriffe: Es gibt einen „American way of life“; einen „American dream“; ja ein „amerikanisches Jahrhundert“. Amerika ist eben mehr als ein Land. Amerika ist eine Idee, die, so der Glaube vieler, auf festen Werten aufbaut. Die USA sind eben die auserwählte Nation, „the shining City upon the Hill“, ein leuchtendes Vorbild für alle.

Auch wenn heute viele den Eindruck haben, die Funktionsweise der amerikanischen Demokratie weicht erheblich vom vorgegebenen Idealzustand ab, selbst politische Gegner glauben an die **Vorbildfunktion** ihres Landes. So sprach Joe Biden von den Vereinigten Staaten als „the finest and most unique Nation in the World“; und Donald Trump fand

ähnliche Worte, wenn er betonte „America is the greatest and most exceptional Nation in the History of the World“. Man könnte diese Aussagen amerikanischer Präsidenten beliebig fortsetzen. So hat etwa George W. Bush erklärt, Gott und die Geschichte haben Amerika dazu auszusehen, als Beispiel für die Welt zu dienen. Darüber hinaus sagte Bush in seiner zweiten Inaugurations-Rede, die amerikanischen Werte sollten, wenn notwendig, mit Flugzeugträgern exportiert werden. Letztlich gehen alle diese Lobgesänge, dass Amerika eine besondere Nation ist, auf die Predigten des Puritaners John Winthrop zurück, den Gouverneur der Massachusetts Bay Colony. Dieser erklärte schon 1630 seinen Landsleuten unter Berufung auf die Bibel: „Ihr seid das Licht der Welt!“ Manche haben das als „cinematic nationalism“ bezeichnet, vor allem weil gerade Ronald Reagan immer wieder diese ideale Sicht von seinem Land vertrat. Wie auch immer. Die amerikanischen Eliten sind seit Generationen davon überzeugt, dass ihr Land wiederholte Male die ganze Welt gerettet hat und dass die Zukunft Amerika gehört.

Die entscheidende Frage ist nun, wie Großmächte, die alle von ihrem besonderen Sendungsbewusstsein getragen sind, friedlich miteinander auskommen können. John J. Mearsheimer hat schon in seinem Buch **„The Tragedy of Great Power Politics“** ausgeführt, dass Großmächte durch Konkurrenz, Wettrüsten und Machtstreben in einen Krieg geraten können. Selbst ein idealistisches Sendungsbewusstsein kann aufgrund machtpolitischer Interessen zu einer aggressiven Politik führen. Gerade um der eigenen Sendung gerecht zu werden, müssen China, Russland und die USA die eigene Macht maximieren. Um dennoch Tragödien zu vermeiden, ist es äußerst wichtig, die Motive des jeweils anderen möglichst gut zu verstehen und nicht jene, die dies versuchen zu diskreditieren, wie das zurzeit der Fall ist. Großmachtkonkurrenz ohne zumindest den Versuch eines Dialogs birgt die Gefahr einer Katastrophe.

3. Die Außenpolitik von China, Russland und den USA in der Praxis

Die konkrete Außenpolitik von China, Russland und den USA ist sehr stark davon geprägt, wie sie ihr Sendungsbewusstsein in der Praxis umsetzen. In Washington werden nach dem Motto „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich“ Allianzen gebildet. Präsident Biden wollte überhaupt eine **„Allianz der Demokratien“** als dominanten Player in den

internationalen Beziehungen etablieren. China hingegen gestaltet seine internationalen Beziehungen wesentlich offener, was schon an der Liste der Besucher ersichtlich ist, die in den ersten Monaten 2026 nach Peking gekommen sind: Da scheint Donald Trump genauso auf wie der iranische Außenminister; Wladimir Putin und der pakistanische Ministerpräsident; und selbst dem Diktator aus Burma, Min Aung Hlaing wurde der rote Teppich ausgebreitet.

Zweifellos ist es einmal die wirtschaftliche Stärke Chinas, die viele Staaten bewegt, mit dem „Reich der Mitte“ Kontakte zu pflegen. Es ist aber auch die **Haltung Pekings**, die keine Allianzen sucht, sondern eben **Partner in Wirtschaft und Politik**. Man mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen ein, und diese sollten sich ebenfalls so verhalten. Könnte man diese Politik als „Partnership-light“ bezeichnen? Jedenfalls pflegt Peking partnerschaftliche Beziehungen selbst mit Ländern, die miteinander Konflikte austragen: mit der Ukraine und mit Russland; mit Indien und mit Pakistan; mit Israel und den Palästinensern; mit dem Iran und mit Saudi-Arabien.

Während Amerikaner und Europäer anderen Ländern gegenüber vielfach belehrend auftreten und etwa Delegationen nach Afrika schicken, um den Menschen „Gendern“ beizubringen, hat China eine sehr pragmatische Vorgangsweise gewählt. Eventuelle Konflikte werden hinter verschlossenen Türen ausgetragen, wobei es sehr wohl auch rote Linien gibt: Taiwan ist Teil der Volksrepublik; die Themen Xinjiang, Tibet und Hongkong sollen besser nicht angesprochen werden. Die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes ist ein essenzieller Teil der chinesischen Außenpolitik.

Die Basis einer **Partnerschaft mit Peking** sind eben die wirtschaftlichen Beziehungen, was eine militärische Unterstützung nicht beinhaltet. Obwohl Nicolas Maduro, der Präsident Venezuelas, und Ali Khamenei, das geistliche Oberhaupt der Schiiten im Iran, als enge Vertraute Pekings galten, wurde ihr Sturz durch das US- Militär hingenommen.

Die Grundlage für diese Politik ist die **Global Governance Initiative**, die im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization im September 2025 von Staatspräsident Xi Jinping vorgestellt wurde. Kernpunkte dabei sind:

Die souveräne Gleichheit aller Staaten; das Völkerrecht als Grundlage der internationalen Beziehungen; der Multilateralismus anstatt einseitiger Entscheidungen einzelner Großmächte; eine Politik, die dem Wohl der Menschen dient und die durch praktische Zusammenarbeit zu konkreten Ergebnissen führt. Als Beispiel dafür können die „Belt and Road Initiative“ oder die Tatsache genannt werden, dass China heute für 140 Länder in der Welt der größte Handelspartner ist.

Was die **russische Außenpolitik** betrifft, so wird Russland im Westen seit Jahrzehnten als Gefahr dargestellt, die Beziehungen mit der Europäischen Union haben einen absoluten Tiefpunkt erreicht. Seit dem groß angelegten Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine im Februar 2022 wird Wladimir Putin im Westen als Tyrann dargestellt, der jeden Bezug zur Realität verloren hat. Umgeben von feigen Schleimern versteht er die Welt nicht mehr, in der er lebt. Besessen vom Glauben, er wäre ein neuer Peter der Große, vertritt er auch nicht die russischen Interessen. Ohne ihn wäre Russland eine Demokratie, ja ein Verbündeter des Westens. Der **Anti-Putin Fantasie** sind keine Grenzen gesetzt. Im Buch von John Sweetly „Der Killer“ etwa kann man lesen, Putin ist traumatisiert, weil er ein außereheliches Kind ist; außerdem ist er pädophil und wird keines natürlichen Todes sterben.

Diese äußerst kritische Darstellung des russischen Präsidenten ist allerdings nicht neu. Schon am 1. November 2003 präsentierte „*The Economist*“ den russischen Präsidenten, der gerade drei Jahre im Amt war, als „Vlad the Impaler“. Putin wird darin, ähnlich Dracula, als geisteskrank und grausam dargestellt. Der Grund: Putin hatte begonnen, das System seines Vorgängers Jelzin, das Russland in den Abgrund geführt hatte, zu liquidieren und war dabei, Oligarchen in die Schranken zu weisen. Unzählige Berichte dieser Art folgten. In einer Sonderausgabe derselben britischen Wochenzeitschrift vom Oktober 2016 wird etwa der „Putinismus“ dafür verantwortlich gemacht, dass Russland 25 Jahre nach dem Fall des Kommunismus keine Demokratie und kein Verbündeter des Westens ist.

Diese **totale Ablehnung von Wladimir Putin** ging zunächst von politischen Kreisen in den USA aus. Nicht nur der seinerzeitige Senator John McCain war ein einflussreicher Russland- Hasser; auch führende

Medien übernahmen sehr bald eine äußerst kritische Haltung. Präsident Biden nannte ihn einen „Killer“ und dann war Senator Lindsey Graham nicht der einzige, der verlangt, mithilfe der Ukraine Russland zu besiegen. Alleine die Ambition Russlands, eine Großmacht zu sein, wird von diesen Kreisen als Frevel angesehen. Sie hassen Putin, der diesen Frevel begeht. „Sie“, das sind westliche Eliten, Medien, Think Tanks und jene Politiker, die sich auf eine anti- Russland Politik eingeschworen haben. Putin- Hass wurde eine Strategie, die insofern äußerst erfolgreich war, als es gelang, in den verschiedensten Bevölkerungsschichten im Westen größte Angst vor dem russischen Präsidenten zu erzeugen. „Putin“ wurde das Böse schlechthin, vor dem man Angst haben mußte.

Deshalb sei nochmals auf die Rede hingewiesen, die Wladimir Putin im Februar 2007 vor der Münchner Sicherheitskonferenz gehalten hat und in der er mit der westlichen Politik der vergangenen 15 Jahre abgerechnet hat. Vor der Spitze der westlichen Eliten, der deutschen Bundeskanzlerin, dem US- Verteidigungsminister und dem NATO- Generalsekretär sprach er davon, wie **Russland nach dem Kalten Krieg** vom Westen nicht als Partner, sondern als Besiegter behandelt wurde. Versprechen wurden nicht eingehalten, Abrüstungsverträge, wie der ABM- Vertrag, wurden einseitig gekündigt, die NATO wurde offensiv nach Osten ausgeweitet. Durch „farbige Revolutionen“ sollte der Einfluss Russlands in der unmittelbaren Nachbarschaft des Landes unterhöhlt werden. Westliche NGOs wurden jeweils für einen „Regime-change“ ausgebildet und eingesetzt. Der Westen hatte das auf die Vereinten Nationen aufgebaute System durch eine „Regel basierte Ordnung“ ersetzt. Demnach dürften nunmehr die USA jene Regeln aufstellen, die in den internationalen Beziehungen gelten sollten. Die nationale Souveränität als Grundlage der internationalen Gemeinschaft, wie noch in der Satzung der UNO festgehalten, wurde ersetzt durch ein Interventionsrecht im Namen von „Nation-building“ und „Democracy-building“. In dieser neuen Weltordnung hat sich der Westen, unter dem Motto „weltweiter Kampf gegen den Terrorismus“, als „Welt- Polizei“ etabliert, der es erlaubt ist, überall und jederzeit zu intervenieren. Die übrige Welt musste diese „neuen Regeln“ akzeptieren. Präsident George W. Bush hat dieser Politik einen messianischen, fast religiösen Charakter gegeben.

In seiner München-Rede zeigte Putin auf, dass die neuen, vom Westen geschaffenen Machtstrukturen, sehr einseitig ausgerichtet waren. Tatsächlich repräsentierte der Westen, der sich selbst immer wieder als „Internationale Gemeinschaft“ bezeichnete, kaum mehr 10 % der Weltbevölkerung. Aber die hochrangigen Vertreter des Westens in München waren in keiner Weise bereit, auf die Kritik des russischen Präsidenten einzugehen. Im Gegenteil, man erklärte, mit seiner Rede habe Putin dem Westen den Krieg erklärt.

Lag nun ein Grund, in Putin einen Feind zu sehen, darin, dass er die neue, einseitig vom Westen festgelegte internationale Ordnung ablehnte, so war ein anderer wohl noch gravierender: er machte „Russia great again“. Die Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus waren für Russland eine Katastrophe, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch. Russland, als Kernland der Sowjetunion, hat mit deren Auflösung 24 % seines Territoriums und 48,5 % der Bevölkerung verloren; 41 % des Bruttonationalprodukts und 39 % seines Industriepotenzials. Aber vor allem die russische Bevölkerung war schwerstens getroffen. 30 % lebten im Jahr 2000 unter der Armutsgrenze. Die Lebenserwartung für Männer sank unter 60 Jahre und kriminelle Banden herrschten im ganzen Land. Wurde der Rubel lange Zeit offiziell dem Dollar gleichgesetzt, so war er in den 1990er Jahren nur mehr einen Cent wert. 1998 kam es zum wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes. Kein Wunder, dass die Schlüsselbegriffe dieser Zeit, „Demokratie“ und „Reform“, in breitesten Kreisen der russischen Bevölkerung sehr schlecht besetzt waren.

Zusammen mit dem Gouverneur von Mittelfinnland hatte ich die Möglichkeit, in diesen Jahren mehrere Male Russland zu besuchen. Das Land war in Auflösung begriffen, die Menschen kämpften um ihr Überleben. Der Bürgermeister von Wyborg etwa antwortete auf die Frage, wo die Schwerpunkte seines Budgets liegen, er habe keines, weil es keine Steuereinnahmen gibt. Provinz-Gouverneure erklärten Sportveranstaltungen, bei denen Athleten aus anderen Provinzen teilnahmen, zu „internationalen Wettkämpfen“. Sie erachteten ihren Herrschaftsbereich bereits als unabhängig und souverän. Diese Gouverneure waren meist frühere kommunistische Parteisekretäre vom

alten Apparat getragen und in keiner Weise demokratisch gewählt. Aber als Putin ihnen dann hohe Beamte vorsetzte, um das Land zusammenzuhalten, hieß es in westlichen Medien, er „zerstöre die Demokratie“.

Vom Anfang an ging es Wladimir Putin als Präsident darum, die **Funktionsfähigkeit des Staates** wieder herzustellen und den Lebensstandard der Menschen zu verbessern, was auch durchaus gelang. Doch was ist für Putin der ideale Staat? Wohl nicht der Nationalstaat, der in einem Vielvölkerreich wie Russland nicht möglich ist. In Putins Staat geht es vor allem um eine funktionierende Staatsgewalt, um die Macht des Staates, die durch die Exekutive ausgeübt wird. Der russische Staat existiert nicht durch das Volk, sondern über ihm und auch außerhalb (Thomas Fasbender). Russland war nie eine Demokratie nach westlichem Muster und wird es wohl auch in Zukunft kaum werden.

In diesem Sinne hat Putin die Staatsgewalt in den Regionen, gegenüber den Medien und den superreichen Oligarchen wiederhergestellt und hat damit erreicht, dass Russland weiter eine Großmacht blieb. Trotz der erheblichen Einbußen durch den Zusammenbruch der Sowjetunion bewahrte Russland erhebliche militärische und nukleare Fähigkeiten. Die damit verbundene Bereitschaft, hohe Kosten für geopolitische Ziele in Kauf zu nehmen, sind ein wichtiger Bestandteil seiner Machtstellung.

Im Westen wurde beklagt, dass die dabei gewählte Vorgangsweise nicht den Grundsätzen der Gewaltenteilung und den Prinzipien der Westminster- Demokratie entsprach. Das ist richtig, aber das politische System Russlands hat 1000 Jahre lang anders funktioniert, sowohl unter den Zaren, als auch unter den Kommunisten. Und der Westen hat sich, wenn es wichtig war, auch mit diesen Regimen verbündet. Als der brutale Diktator Josef Stalin im März 1953 starb, war er in den westlichen Medien „Onkel Joe“ und das französische Parlament hielt für ihn sogar eine Trauerminute. Warum also jetzt dieser Hass gegen Wladimir Putin?

Zweifelloos braucht das **amerikanische Sendungsbewusstsein**, das nach dem Sieg im Kalten Krieg und dem Durchbruch der Neokonservativen erneut bestimmend wurde, immer einen Feind. Putin bot sich dafür an, weil er sich dem alleinigen Führungsanspruch der USA widersetzte und

bemüht war, Russland wieder einen Rang als Großmacht zu verschaffen. Der damit vielleicht schon gegebene Hass verschiedener Kreise in den USA wurde auf jeden Fall dadurch verstärkt, dass im Wahlkampf 2016 „Russiagate“ eine zentrale Rolle spielte. Die Einmischung Russlands in den Wahlkampf habe, so die Meinung vieler Demokraten, wesentlich dazu beigetragen, dass Donald Trump seine Gegnerin Hillary Clinton besiegen konnte. Der dafür eingesetzte Sonderermittler Robert Mueller konnte zwar diese Behauptungen nicht bestätigen, aber Donald Trump wurde den Verdacht nicht los, ein besonderes Naheverhältnis zu Putin zu haben. In der sehr stark polarisierten innenpolitischen Szene der USA bedeutete dies, die Ablehnung des einen übertrug sich auf die Gegnerschaft gegenüber dem anderen.

Diese Feindschaft kam voll zum Ausdruck, als Präsident Joe Biden Putin einen „Killer“ nannte und im Stellvertreterkrieg in der Ukraine dazu aufrief, Russland zu besiegen. Die längste Zeit war es im Westen verpönt, im **Ukraine Krieg** auch nur von Friedensverhandlungen zu sprechen. Als Donald Trump dies dennoch anstrebte und letztlich durchsetzte, wurde ihm erneut vorgeworfen, Wladimir Putin zu bevorzugen. Darüber hinaus hat es die totale Dämonisierung des russischen Präsidenten ermöglicht, das europäische Friedensprojekt auf den Kopf zu stellen und die **Europäische Union in einen Kriegszustand** zu versetzen. Das erklärte Ziel ist es nunmehr, 5 % des BIP der EU für die Rüstung auszugeben. Die Begründung dafür ist, Putin müsse aufgehalten werden, Polen, das Baltikum, ja ganz Europa zu erobern. Nie werden die im Ukraine-Krieg von Russland tatsächlich angeführten Sicherheitsinteressen erwähnt. Diese konzentrieren sich darauf, in der Ukraine keine NATO- Raketen aufzustellen und die russische Sprachgruppe im Lande nicht weiter zu unterdrücken. Diese russischen Forderungen umfassen im wesentlichen das, was Österreich in Staatsvertrag und Neutralitätsgesetz 1955 den Alliierten zugestanden hat: Keine Militärbündnisse, keine ausländischen Truppen in Österreich, Rüstungsbeschränkungen und Schutz der sprachlichen Minderheit. Bei uns wird 1955 wohl zu Recht immer noch als „Jahr der Freiheit“ und der „neugewonnenen Souveränität“ des Landes gefeiert. Ähnliche, von der Ukraine verlangte Zugeständnisse, werden als „totale Kapitulation“ abgetan. Und: Als Präsident Kennedy seinerzeit, unter Androhung eines Atomkrieges, den sofortigen Abzug sowjetischer Raketen aus Kuba verlangte, hat ihn, vollkommen zu Recht,

niemand als Kriegstreiber hingestellt. Jetzt ist es gelungen, Wladimir Putin als eine Gefahr für die ganze Menschheit darzustellen, weil er klare Sicherheitsinteressen für sein Land formulierte.

Die Frage ist, ob die westlichen Eliten, die diese Politik verfolgt haben, sich langfristig einen Gefallen getan haben. Russland wurde in die Arme Chinas getrieben, der „Globale Süden“ hat Russland geholfen, die gegen das Land verhängten Sanktionen zu überstehen und Europa ist mehr und mehr isoliert. Wenn im Wort „Staatsräson“ der Begriff „Vernunft“ enthalten ist, wird es vielleicht wieder einmal eine Zeit geben, in der die Diplomatie darauf zurückgreift und Hass überwindet.

Eines ist wohl sicher: Die Politik Russlands dieser Jahre wird wohl am **Krieg in der Ukraine** gemessen werden. Uns wird täglich von zahlreichen Medien vermittelt, der russische Präsident Wladimir Putin habe 2022 einen „unprovozierten Angriffskrieg“ gegen die Ukraine gestartet. Im Gegensatz dazu zeigt Scott Horton in seinem Buch „Provoked“ auf, dass nicht nur diese Meldung falsch ist, sondern auch, wie die verschiedenen US-Regierungen seit Ende des Kalten Krieges eigene Interessen verfolgt haben, ohne Rücksicht darauf, dass dadurch neue Spannungen mit Russland, ja ein neuer Kalter Krieg entstehen könnte. Der Autor, Direktor des Libertarian Institute in Austin, Texas, stützt seine Argumente auf 6600 Fußnoten und 7800 unterschiedliche Quellen. Gebrochene Versprechen im Zusammenhang mit der NATO-Erweiterung und innenpolitische Überlegungen spielen dabei genauso eine Rolle wie der Versuch, wirtschaftliche Vorteile zu erreichen. Es ist aber vor allem das Bestreben der außenpolitischen Eliten der USA, im Sinne des amerikanischen Sendungsbewusstseins die eigene Politik als Kampf für das „Gute“ gegen das „Böse“ darzustellen. Vor allem geht es den USA darum, ihre weltweite Vorherrschaft abzusichern.

Schon unter George H. W. Bush erklärten Neokonservative wie Bill Kristol oder Robert Kagan die weltweite amerikanische Dominanz als „wohlwollende globale Hegemonie“. Andere, wie Charles Krauthammer ergänzten: „Die USA beherrschen nun in souveräner Weise den Westen wirtschaftlich, kulturell und politisch. Nichts sollte mehr der universellen Vorherrschaft im Wege stehen“. In diesem Sinne wurde 1992 eine **„Defense Planning Guidance“** beschlossen, wonach die USA der einzige

globale Hegemon bleiben müssen, mit einer militärischen Stärke, die jeden möglichen Rivalen am Aufstieg hindert.

Ein erster Schritt dazu sollte sein, **Europa unter der Herrschaft der NATO** zu einen und das Militärbündnis nach Osten auszuweiten. Dies, obwohl schon James Baker als US-Außenminister dem damaligen sowjetischen Präsidenten Gorbatschow gegenüber das Versprechen abgegeben hatte, das Militärbündnis werde „nicht einen Inch“ nach Osten ausgeweitet. Da dies eine Bedingung Moskaus für die Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands war, erklärte auch der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, die sowjetischen Sicherheitsinteressen dürften in keiner Weise beeinträchtigt werden. Von amerikanischer Seite wurde auch betont, die Aufgabe der NATO wäre es nicht mehr, die Sowjetunion, sondern nur mehr Deutschland in Schranken zu halten. Außerdem sollte die NATO in eine politische Organisation umgewandelt und die Sowjetunion in eine neue Sicherheitsstruktur einbezogen werden.

Es kam ganz anders. Präsident Bill Clinton (1993- 2001) beschritt den Weg der **Konfrontation mit Russland**, die NATO wurde erweitert und die Balkan- Kriege wurden dazu benutzt, dem Militärbündnis eine neue Aufgabe zu geben. Dabei war man sich der ablehnenden Haltung Russlands sehr wohl bewusst. Deshalb schlug der Präsidentenberater Strobe Talbott vor, mit der NATO- Erweiterung bis nach der damals anstehenden Wiederwahl von Boris Jelzin, den man von amerikanischer Seite gut manipulieren konnte, zu warten. Jedenfalls setzten sich die Hardliner wie Außenministerin Madelaine Albright durch, die Amerika zur „indispensable Nation“ erklärte und die Frage stellte: „Wozu haben wir so ein ausgezeichnetes Militär, wenn wir es nicht einsetzen?“.

Von Clinton wurden alle Entwicklungen torpediert, die am **Balkan** zu einer friedlichen Lösung hätten führen können. In Bosnien unterstützte Washington die islamische Seite, um Saudi- Arabien entgegenzukommen. Dies, obwohl der bosnische Präsident Izetbegovic Kontakt mit Terror-Gruppen hatte und selbst Osama bin Laden bei ihm ein und ausging. Aber so, wie islamische Extremisten in Afghanistan gegen die Sowjets unterstützt wurden, wurden sie jetzt gegen die Serben eingesetzt, die in der offiziellen Darstellung „das Böse“ verkörperten. Darüber hinaus wurde gegen den serbischen Präsidenten bereits das Konzept der

„Farbigen Revolutionen“ eingesetzt. Staatsstreiche, die in früheren Zeiten von der CIA im Geheimen organisiert wurden, sollten nun durch „demokratische Protestbewegungen“ durchgeführt werden. Diese wurden von zahlreichen offiziellen und inoffiziellen US- Institutionen unterstützt.

Diese Taktik wurde überall dort eingesetzt, wo es galt, Russland-freundliche Regierungen zu stürzen, wiederholte Male in der Ukraine. Es war eine Politik der Irreführung und Täuschung Russlands, die von den Nachfolgern von G. H. W. Bush fortgesetzt wurde. Obwohl es auch innerhalb des Nationalen Sicherheitsrates in Washington Vorschläge für eine Neutralität der Ukraine gab, hat Bush-Sohn beim NATO- Gipfel in Bukarest 2008 die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO betrieben. Damit wurde, wie selbst der US- Botschafter in Moskau, William Burns, feststellte, „die hellste aller roten Linien“ überschritten. Gleichzeitig wurde die Unterstützung der in Tschetschenien tätigen Terroristen nicht aufgegeben und „Democracy-building“ in Moskau weiterbetrieben. In Washington hat sich die Kriegspartei durchgesetzt.

Barack Obama erklärte dann zu Beginn seiner Amtszeit einen „Reset“, also eine Verbesserung der Beziehungen mit Russland. Aber als sein Vizepräsident Joe Biden 2011 nach Moskau kam erklärt er, er habe Putin in die Augen geschaut und „keine Seele gesehen“. Gleichzeitig lud er alle Oppositionsführer in die US- Botschaft ein. Eine weitere Entwicklung war entscheidend: Als durch den **Maidan- Putsch in Kiew 2014** der demokratisch gewählte Präsident gestürzt wurde, kam in der Ukraine eine radikale Gruppe an die Macht, die nicht nur ihre Nazi- Abzeichen offen zur Schau trug, sondern auch eine entsprechend radikale Politik verfolgte. Der Russisch- sprechenden Bevölkerung wurde verboten, die eigene Muttersprache zu gebrauchen; der Bevölkerung in Donbass wurde der Krieg erklärt, der bereits im ersten Jahr 12 000, meist zivile Opfer, forderte. Berichte über Kriegsverbrechen der ukrainischen Verbände wurden im Westen durchwegs übergangen, man stellte der Ukraine weiter eine NATO- Mitgliedschaft in Aussicht. Jede Eskalation wurde Russland zugeschrieben, weil es 2014 die Krim besetzte und nicht der Tatsache, dass immer mehr NATO- Truppen an der russischen Grenze stationiert wurden. Dort wurden auch die größten NATO- Manöver

durchgeführt, die es je gegeben hat. Der neue Kalte Krieg hat damit begonnen.

Die erste Präsidentschaft von Donald Trump bestand von Anfang an unter der Beschuldigung, Trump würde mit Putin zusammenarbeiten. Das außenpolitische Establishment, unterstützt von FBI und CIA, fabrizierte belastendes Material. Trump wurde als Gefahr für das eigene Land dargestellt. Die Manipulation war so perfekt, dass letztlich tatsächlich viele Amerikaner glaubten, Trump wäre von Putin als Präsident eingesetzt worden. Tatsächlich, so Scott Horton, war **„Russiagate“ eine große Lüge**, nur wenig weg von „actual assassination“. So unrichtig diese Anschuldigungen waren, Trump war dadurch angeschlagen, die Kriegspartei in Washington bestimmte weiter wesentliche Teile der außenpolitischen Agenda. So wurde 2020 in Minsk ein Putschversuch unternommen, ganz nach dem Motto der „Farbigen Revolutionen“. Obwohl dieser scheiterte, war es für Moskau doch ein Zeichen dafür, dass Washington vor nichts zurückschreckte und demnächst auch versuchen würde, die Ukraine ganz zu unterwerfen. In Moskau wurden dadurch jene gestärkt, die gewillt waren, einer solchen Aggression entschieden entgegenzutreten.

Als Joe Biden 2021 ins Amt kam, war seine Politik von Beginn an darauf ausgerichtet, die **Spannungen mit Russland** zu erhöhen. An der russischen Grenze wurden Militärmanöver durchgeführt, in Norwegen wurden Kampfflugzeuge stationiert und für Putin gab es eine Reihe persönlicher Beleidigungen. Die Ukraine wurde massiv aufgerüstet. Russische Sicherheitsinteressen wurden in keiner Weise berücksichtigt, es ging ausschließlich um amerikanische Interessen. In diesem Sinne erklärte Präsident Biden später, das wesentliche Ziel des Stellvertreterkrieges in der Ukraine ist es, Russland zu schwächen, ja zu zerstückeln. Und Lindsey Graham, Senator von Süd-Carolina, stellte nüchtern fest, „dieser Krieg ist die beste Investition, die wir je gemacht haben. Russen sterben, aber kein einziger Amerikaner“.

Welche **Kräfte sich in Kiew** durchgesetzt hatten, wurde deutlich, als der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, im April 2021 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk erklärte, die Ukraine werde eigene Atomwaffen herstellen, wenn eine NATO- Mitgliedschaft nicht möglich

ist. Sowohl im Westen, als auch in der Ukraine, wurde also die Politik von jenen gemacht, die ohne Rücksicht auf Verluste vorgehen, „as long as it takes“.

Jeder Leser soll selbst entscheiden, wie er diese Darstellung der Ereignisse von Scott Horton beurteilt. Aber es ist jedenfalls erfrischend, neben der täglichen Propaganda, der wir ausgesetzt sind, eine alternative Meinung zu erfahren.

Während bei vielen Ländern deren Außenpolitik erst nach eingehenden Studien und Analysen festgestellt werden kann, veröffentlichen die USA in regelmäßigen Abständen die Leitlinien ihrer Außenpolitik in **Strategiepapieren**. So hat die Administration Trump im November 2025 eine **National Security Strategy** und dem Jänner 2026 eine **National Defense Strategy** vorgelegt. Beide Dokumente sind sehr stark von den außenpolitischen Vorstellungen des Präsidenten geprägt. Wie weit diese dann in der Praxis verwirklicht werden, ist eine andere Sache. So hat sich Donald Trump immer wieder gegen „endless Wars“ ausgesprochen, wurde dann aber selber in einen längeren Krieg im Iran involviert.

Jene, die immer wieder betonen, Donald Trump ist total unberechenbar, müssen von der im November vorgelegten National Security Strategy 2025 enttäuscht sein. Diese ist die logische Fortsetzung von Trump's „America's first“ Politik auf der internationalen Bühne, eine Leitlinie für die „konservative Revolution“ auf internationaler Ebene. Dieses Motto gilt für NATO- Verbündete genauso wie für mögliche Herausforderer. Richtig ist, dass Donald Trump seine Rhetorik oft der jeweiligen Zuhörerschaft anpasst. Aber seine Sicht der Welt und der daraus resultierenden politischen Prioritäten hat sich in wesentlichen Bereichen in Jahrzehnten oft nicht geändert.

Es geht also darum, die **Vorherrschaft der Vereinigten Staaten** in einer Welt, in der aufsteigende Mächte eine neue Herausforderung darstellen, auch in der nächsten Generation sicherzustellen. Diplomatie und Militär sollen, nach den Vorstellungen des Präsidenten, diesem Ziele dienen. Die US- Streitkräfte müssen die stärksten und technologisch fortgeschrittensten der Welt bleiben. Wenn es zu Kriegen kommt, müssen diese rasch und entscheidend gewonnen werden. Das Motto

lautet „Friede durch Stärke“. Trump sieht sich als „Friedens- Präsident“. In diesem Sinne wird im Strategiepapier auf acht Konflikte verwiesen, die er in den ersten acht Monaten seiner Amtszeit nach eigener Darstellung geregelt hat. Dass man in Friedenszeiten bessere Geschäfte machen kann als im Krieg, spielt dabei wohl auch eine Rolle. Die Kontrolle der Grenzen und des Einwanderungssystems muss vollständig sein. Souveräne Länder sollen zusammenarbeiten, um Migrationsströme zu verhindern, die eine destabilisierende Wirkung haben könnten.

Weiter heißt es: „We want the world’s strongest, most dynamic economy“. Diese ist die Grundlage der amerikanischen Lebensweise und der amerikanischen Stellung in der Welt. Darüber hinaus soll auch die „soft Power“ der USA dafür eingesetzt werden, Einfluss und Interessen des Landes in der Welt sicherzustellen.

Donald Trump will eine Außenpolitik, die die **Realitäten der Welt** zur Kenntnis nimmt. Diese Politik soll amerikanischen Interessen, nicht abstrakten Idealen oder irgendwelchen Ideologien gerecht werden. China wird nicht mehr als Feind dargestellt, sondern als ein Land, mit dem man verhandeln soll, weil das für beide Länder vorteilhafter ist. Es geht also um einen wirtschaftlichen Wettbewerb, nicht darum, Peking ein politisches System aufzuzwingen. Unter Berufung auf die Gründungsväter ist Vorsicht angebracht, was die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder betrifft. Niemandem soll ein System aufgezwungen werden, auch kein demokratisches, das den Traditionen eines Landes nicht entspricht. Das ist ein **gewaltiger Unterschied** zur Politik von Joe Biden, der die „Allianz der Demokratien“ im Kampf gegen die autoritären Regime in der Welt auf seine Fahnen geschrieben hatte. Diese Politik bedeutet aber auch, dass Fragen, die die amerikanischen Interessen nicht direkt berühren, vernachlässigt werden können.

Ein wesentlicher Teil des **Trump- Realismus** ist es, dass für ihn der **Nationalstaat** der grundlegende Akteur im internationalen Geschehen ist. Damit verbunden sind nationale Interessen und die nationale Souveränität. Ob die daraus gezogene Schlussfolgerung, dass dem „Wohl der Welt dann am besten gedient ist, wenn jede Nation ihre eigenen Interessen verfolgt“, darf hinterfragt werden.

Manche Aussagen der Security Strategy widerspiegeln traditionelle amerikanische Haltungen; andere Kernaussagen kennt man aus dem Wahlkampf für die erste Präsidentschaft. So hat sich John Fonte in seinem 2011 erschienenen Buch „Sovereignty or Submission-Will Americans rule Themselves or be ruled by Others?“ entschieden dagegen ausgesprochen, dass sich die USA internationalen Organisationen unterordnen, was der Haltung vieler Traditionalisten entspricht. Dass die US- Wirtschafts- und Handelspolitik darauf ausgerichtet sein soll, für amerikanische Arbeiter Arbeitsplätze zu schaffen, war ebenfalls schon ein zentrales Thema im Wahlkampf 2015. Jetzt werden die Verbündeten eingeladen, massiv aufzurüsten und es wird ihnen sehr deutlich nahegelegt, dies mit amerikanischen Waffensystemen zu tun.

Dass Donald Trump in die Geschichte eingehen will, zeigt sich auf jeder Seite seines Strategiepapiers. Schon in der Einleitung wird betont, dass er sein **Land vor dem Abgrund gerettet hat**. Jetzt stellt er stolz fest, dass die Souveränität des Landes durch die Kontrolle der Grenzen wiederhergestellt wurde und die „woke lunacy“ in den Streitkräften beendet worden ist. All diese Initiativen werden als historische Errungenschaften dargestellt. Ein weiteres Beispiel: Die Monroe-Doktrin, die die US- Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre sicherstellen soll, wird durch ein „Trump-Corollaty“ ergänzt. So wie Präsident Theodore Roosevelt seinerzeit Geschichte geschrieben hat, indem er die Monroe-Doktrin um das Interventionsrecht der USA ergänzte, soll jetzt die absolute Vorherrschaft der USA den Kampf gegen Drogenhändler und illegale Einwanderung ermöglichen.

Wesentliche in der „Strategy“ enthaltene Kapitel haben Diskussionen hervorgerufen. Etwas eigenartig ist, dass sich manche „überrascht“ ja „schockiert“ gezeigt haben, selbst bei Aussagen, die seit langem bekannt sein sollten. Hier rächt sich offensichtlich, dass Donald Trump von den Eliten in Brüssel und den europäischen Leitmedien ausschließlich durch die Brille der inneramerikanischen Opposition gesehen wurde und gesehen wird. Die New York Times hat sich bekanntlich zur Aufgabe gemacht, Trump rund um die Uhr zu kritisieren. Diese Kritik wurde von vielen Europäern übernommen. Selbst jemand, der nur versucht hat, den Geschäftsmann, der in die Politik eingestiegen ist, objektiv einzuordnen,

wurde als „Trump- Versteher“ negativ abgestempelt. Jetzt wird Europa dafür die Rechnung präsentiert. Für Trump ist die EU auf dem Abstellgleis.

Dass die derzeitige Administration in Washington **Europa am absteigenden Ast** sieht, hat Vizepräsident J.D. Vance schon bei der Sicherheitskonferenz 2025 in München zum Ausdruck gebracht. Dieser Abstieg, so das Strategiepapier, betrifft nicht nur die Wirtschaft, sondern die ganze Zivilisation. Was die Wirtschaft betrifft, so wird angeführt, dass Europa vor einer Generation noch 25 % des Welt-BIP erzeugte, heute nur mehr 14 %. Die Gründe dafür seien die Reglementierungswut in Brüssel und die einzelner Mitgliedsländer der Europäischen Union. Dadurch wird die für eine wirtschaftliche Dynamik notwendige Kreativität erstickt. Insgesamt sieht Trump die Europäische Union wohl als das, was man einmal als „Völker -Kerker“ bezeichnet hat.

Trump erachtet vor allem auch die „westliche Zivilisation“ in **Europa** im Schwinden. Jetzt kann man natürlich lange darüber diskutieren, was das Wesen einer Zivilisation, die von „Plato bis zur NATO“ reicht, eigentlich ausmacht. Trump denkt offensichtlich an den jüdisch- christlichen Kern, der seines Erachtens im Schwinden begriffen ist. Weitgehend dafür verantwortlich macht er die unkontrollierte Einwanderungspolitik. Wenn festgestellt wird, dass man Europa in 20 Jahren kaum noch erkennen wird, sollte diese Politik fortgesetzt werden, sollte man dieser Feststellung nicht mit Polemik, sondern mit Statistiken begegnen. In den USA herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass die „Weißen“, die vor zwei Generationen noch 85 % der Bevölkerung ausmachten, 2050 weniger als die Hälfte der Gesamtbevölkerung zählen werden. Wenn man weiß, dass katholische Kinder heute in den Wiener Volksschulen nur mehr 25 % ausmachen, islamische Schüler hingegen 35 %; wenn man darüber hinaus die demographische Entwicklung extrapliert und die weltweiten Wanderbewegungen berücksichtigt, kann man sich ausrechnen, wie die Zusammensetzung der Bevölkerung in einigen Generationen sein wird. Das gilt für alle Länder.

Tatsächlich haben sich Stadtviertel und Landstriche in vielen Ländern Europas bevölkerungsmäßig in den letzten Jahrzehnten dramatisch verändert. Aber die Feststellung, es handelt sich dabei um einen

„**Bevölkerungsaustausch**“, kann sehr unterschiedlich beurteilt werden. Sprechen die einen von „faschistischen Äußerungen“, so begrüßt der Chef der französischen Linken, Jean-Luc Melanchon, dass sich die von einer dekadenten Bourgeoisie beherrschte Gesellschaft endlich erneuert. Natürlich darf die Feststellung des Strategiepapiers bezweifelt werden, dass mit der vorgesehenen Politik „die Zeiten der Völkerwanderung vorbei sind“. Das gilt für Amerika genauso wie für Europa. Abgesehen von den unterschiedlichen politischen Haltungen zur Migration stellt sich in allen Industrieländern die Frage, wie weit die Wirtschaft eines Landes ohne Einwanderer, legal oder illegal, noch funktionieren kann.

Eine Tatsache hingegen ist, dass sich die **Europäische Union**, wie auch im Strategiepapier festgestellt, durch den Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Russland- Politik selbst massiv geschwächt hat. Zunächst wurden die Russland- Sanktionen verhängt, um der von der Biden- Administration festgelegten anti-Rußland -Politik zu folgen. Was auch immer die Auswirkungen auf Russland waren, die Europäer haben sich damit selbst sehr geschadet. Dass jetzt Exponenten der EU als Kriegstreiber auftreten, Donald Trump hingegen auf einen Frieden drängt und zwischen Brüssel und Moskau vermitteln will, kann wohl als „List der Geschichte“ betrachtet werden.

Das gilt auch für den Vorschlag von Donald Trump vom Oktober 2026, die Europäer sollten doch von Russland wieder Öl und Gas kaufen. Noch vor wenigen Jahren hat man in Washington bitter beklagt, europäische Länder wie Deutschland hätten sich in eine gefährliche Abhängigkeit von Energie aus Russland begeben. Nunmehr haben sich die Seiten total verkehrt: Präsident Trump hat einige Russland -Sanktionen aufgehoben, um von dort Diesel zu beziehen. Die EU- Länder hingegen beziehen teure Energie aus anderen Regionen und wollen an allen Russland- Sanktionen, wenn auch zum Nachteil der eigenen Wirtschaft, festhalten.

Sehr ernst sollte man die Feststellung des Strategiepapiers nehmen, dass die **Meinungsfreiheit in der EU** schwer beeinträchtigt ist. Ausgehend von der im Ukraine- Krieg verbreiteten Propaganda, dass es sich dabei um einen Kampf zwischen Moral und Unmoral, Demokratie und Diktatur

handle, haben die europäischen Leitmedien jede divergierende Meinung untersagt. Die offizielle EU- Politik wurde nach dem Motto „Was nicht sein darf, auch nicht sein kann“ ausgerichtet und fast religiösen Charakter angenommen. Diese Politik hat die Ukraine in der Zwischenzeit in existenzielle Bedrängnis gebracht, aber an der offiziellen Propaganda darf weiter nicht gerüttelt werden. Vielmehr präsentiert man den Verkauf von 100 französischen Rafale-Kampfflugzeugen an die Ukraine als Wunderwaffe, obwohl es weder die Flugzeuge, noch die Piloten, noch das dafür notwendige Geld gibt.

Für Washington wiederum wird es nur schwer möglich sein, die neue Sicherheitsstrategie in ihrer vollen Radikalität umzusetzen. Amerika neu aufzustellen ist das eine, andere Länder, wie etwa China, an ihrem weiteren Aufstieg einzugrenzen, das andere. Außerdem hat man bei den Kriegen der letzten Jahrzehnte sehr deutlich gesehen, dass der Einsatz militärischer Macht bei weitem nicht immer die gewünschten Erfolge bringt.

Somit kann man insgesamt wohl eines sagen: Donald Trump ist nicht unser Daddy und die USA sind nicht unsere Mama. Man sollte nicht, wie die Regierungschefs einiger großer europäischer Länder oder wie der NATO- Generalsekretär, von einem Extrem ins andere fallen. Man sollte vielmehr die in der amerikanischen Verteidigungsstrategie festgelegten Richtlinien sehr ernst nehmen, sich aber durchaus der Tatsache bewusst sein, dass es darin vor allem um amerikanische Interessen geht. Aufgrund dieser Erkenntnis könnten die Europäer dann festlegen, welche europäischen Interessen im Rahmen einer neuen transatlantischen Partnerschaft verwirklicht werden sollen.

Der Anspruch von Donald Trump auf **Grönland**, die Entführung des venezolanischen Präsidenten oder der zwölf -Tage **Krieg gegen den Iran** im Juni 2025 entsprachen schon sehr stark den in der National Security Strategy festgelegten Vorstellungen. Darüber hinaus hat dann das amerikanische Kriegsministerium (Department of War) ein weiteres wegweisendes Dokument darüber herausgegeben, wo und wie die USA ihre militärische Macht in der Welt einsetzen wollen. Unter dem Motto „Restoring Peace through Strength for a new Golden Age of America“ legt die 2026 National Defense Strategy (NDS) fest, welche Schwerpunkte Washington gegenüber Freund und Feind setzen will. Praktisch handelt es sich um eine Durchführungsverordnung zur

National Security Strategy, die Ende 2025 herausgegeben wurde. Dieses Dokument ist eine Richtlinie für die Entscheidungsträger im Pentagon und die Spitzen der amerikanischen Streitkräfte

Schon in der Einleitung wird festgehalten, dass die US-Regierungen in der Vergangenheit die **amerikanischen Interessen** vernachlässigt haben. In der Vergangenheit ist man zu leichtfertig mit Militäreinsätzen umgegangen, hat Kräfte vergeudet für Scheinprojekte und Luftschlösser (Cloud-castle abstractions) wie eine „Regel-basierte Ordnung“. Der für wirkliche Kriege notwendige Kampfgeist wurde vernachlässigt, wo es doch darum gehen muss, zu kämpfen und zu gewinnen. Als Präsident Trump vor einem Jahr sein Amt antrat, war die Nation auf wirkliche Kriege nicht vorbereitet.

Unter der neuen Führung haben die USA die stärkste Militärmacht aufgestellt, die die Welt je gesehen hat. Diese Kräfte werden nicht in „endlosen Kriegen“ oder „Regime-change“ verzettelt. Das neue Motto lautet „Friede durch Stärke“. Aber auch wenn das Ziel Frieden lautet, darf man nicht zögern, jene Kriege zu führen, die für das Land notwendig sind. Diese Politik, die sich selbst „flexibler, pragmatischer Realismus“ nennt, lässt natürlich ihrerseits sehr wohl einen breiten Spielraum offen, wann und wo tatsächlich militärische Einsätze durchgeführt werden sollen.

Wo liegen also die sichtbaren Unterschiede zur bisherigen Politik? Oberste Priorität hat die Verteidigung des US- Hoheitsgebietes (Homeland) und der westlichen Hemisphäre. Das bedeutet ausdrücklich die Verteidigung amerikanischer Interessen von Grönland über den „Golf von Amerika“ (früher Golf von Mexiko) bis zur Südspitze Lateinamerikas. Der Schutz der eigenen Grenzen spielt dabei genauso eine Rolle wie die Bekämpfung des Drogenhandels.

Unter dem Titel „Total access to Greenland is essential“ hat der Grönland-Beauftragte der Regierung und Gouverneur von Louisiana, Jeff Landry, sehr deutlich klargemacht, dass die USA Grönland brauchen, um sich und Verbündete zu schützen. Die Insel ist für Amerika von strategischer Bedeutung, das war schon so im Krieg gegen Nazi- Deutschland und ist es auch heute noch. Das 1951 zwischen den Vereinigten Staaten und Dänemark abgeschlossene Abkommen sollte dafür den geeigneten Rahmen bieten. Aber der operative Spielraum der USA muss jetzt erweitert werden, von der Errichtung neuer Militärbasen, über den Ausbau der Infrastruktur bis zur Aufstellung neuer Raketen- Abwehrsysteme. Es geht darum, feindlichem chinesischen und russischen Einfluss entgegenzutreten. „Die Vorherrschaft Amerikas in der Arktis

ist nicht verhandelbar“. Es geht darum, die Sicherheit Amerikas zu gewährleisten und die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die Grönland bietet, auszunutzen. Diese Ausführungen von Jeff Landry stehen voll und ganz im Einklang mit der National Defense Strategy, wo „nationale Interessen“ auf jeder Seite erwähnt werden.

Eine **Neuorientierung** liegt auch darin, dass der Stellenwert, den man Allianzen zuschreibt, offen dargelegt wird. Offen wird ausgesprochen, dass man Verbündeten vor allem eine dienende Rolle überträgt. Zumindest seit John Foster Dulles erachtete man vielfach Allianzen als Ziel an sich. Potentiellen Gegnern in Europa oder Asien sollte man gemeinsam entgegentreten. Nunmehr werden Verbündete offen daran gemessen, wie nützlich sie für die USA sind. Der Maßstab dabei ist klar: **Alliierte müssen den USA mehr nützen als sie kosten**. Sie müssen für die eigene Verteidigung primär selber aufkommen und die dafür notwendigen Waffen, wenn möglich, in den USA kaufen.

Auch was **China** betrifft gibt es in der NDS eine neue Ausrichtung. Peking wird nicht mehr als Feind dargestellt, der bekämpft werden muss, es geht vielmehr um „Abschreckung durch Stärke“. Der Schwerpunkt liegt nicht mehr bei einer direkten Konfrontation, es sollte vielmehr verhindert werden, dass China den USA überlegen wird. Welchen Unterschied diese Politik in der Praxis macht, ist weitgehend unklar, aber die Absicht, die Beziehungen wieder mehr auf eine geschäftliche Basis zu stellen, ist klar. Taiwan wird im neuen Text nicht namentlich erwähnt, die bilaterale Kommunikation soll im diplomatischen und militärischen Bereich verbessert werden.

Sehr wohl gegen China ist die **Wiederbelebung der Monroe Doktrin** ausgerichtet, wo es darum geht, ausländische Einflüsse in der Hemisphäre zurückzudrängen. China ist in den letzten Jahren in Süd- Amerika sehr dominant geworden. Gab es vor zwei Jahrzehnten noch kaum einen bilateralen Handel, so betrug der Warenaustausch zwischen China und den Ländern Lateinamerikas 2024 bereits \$ 500 Milliarden. Chinesische Konzerne kaufen Kupfer in Peru und Lithium in Argentinien; sie versorgen ganze Städte mit Strom und kontrollieren zahlreiche Häfen. Die Hälfte der Öl- Exporte aus Venezuela geht nach China. Insgesamt ist die wirtschaftliche Präsenz Chinas in zehn von zwölf lateinamerikanischen Ländern schon stärker als jene der USA, was Handel, Kredite und Investitionen betrifft. China verkauft heute mehr Autos nach Mexiko als in irgendein anderes Land; und die Hälfte der chilenischen Exporte geht in das Reich der Mitte.

Wie auch immer man diese Situation sieht, die **amerikanische Vorherrschaft in Lateinamerika** zurückgegangen, nachdem China in vielen Ländern seinen Einfluss erhöhen konnte. Die neue amerikanische Strategie, die auf militärischer Macht aufbaut, ist bestrebt, diese Entwicklung einzudämmen. Darüber hinaus ist es Donald Trump in Lateinamerika gelungen, ein Netz politisch befreundeter Regierungen aufzubauen, die seine Positionen zu Migration, Drogenbekämpfung, China und Kuba unterstützen. In Argentinien war Javier Milei bereits vor Trumps zweiter Amtszeit Präsident; aber in anderen Ländern wie im Ecuador, in El Salvador, in Bolivien und Honduras wurden Kandidaten gewählt, die der amerikanische Präsident unterstützt hat, hat politische Verbündete gewonnen und neue Partnerschaften errichtet.

Auch wenn die NDS kaum Beachtung fand, der Aufschrei gegen die von Donald Trump gestaltete Außenpolitik ist gewaltig. Man spricht von einer „Neuen Weltordnung“, so, als hätte es vorher keine Verletzungen des Völkerrechts gegeben. Dabei war der Einmarsch in den Irak 2003 genauso völkerrechtswidrig wie die Bombardierung Serbiens einige Jahre vorher. Zahlreiche ähnliche Beispiele nannte William Blum schon in seinem 1995 erschienenen Buch „Killing Hope: US Military and CIA Interventions since World War II“. Und Nicolas Maduro wurde schon unter Joe Biden von einem US- Gericht verurteilt und zur Fahndung ausgeschrieben. Die NDS spricht offen aus, was vorher hinter einem **Nebelschleier frommer Phrasen** geschehen ist. Die USA haben die Einigung Europas immer dann unterstützt, wenn sie diese kontrollieren konnten. George W. Bush hat den Einmarsch in den Irak noch damit gerechtfertigt, „Demokratie in der Region zu verankern“. Donald Trump hingegen erklärt ganz offen, dass es in der Venezuela- Politik vor allem um Geschäfte geht. Tatsächlich haben sich europäische Politiker und europäische Medien in den letzten Jahren in einem Wunschdenken nach dem Motto „Was nicht sein darf auch nicht sein kann“ verfangen. Vielleicht kann die NSD dazu beitragen, wieder zur Realität zurückzufinden.

Der Ende Februar 2026 von Israel und den USA gegen den **Iran** gestartete militärische Einsatz zeigt, dass Kriege nicht immer nach Plan verlaufen. Militärische Erfolge bedeuten noch nicht die Erreichung der politischen Ziele. Trotz der massiven Zerstörungen durch die amerikanisch- israelischen Streitkräfte konnte der Iran die Straße von Hormus als strategisches Druckmittel einsetzen. US- Luftangriffe konnten die militärischen Fähigkeiten des Iran schwächen, aber nicht alle Probleme lösen. So unpopulär das iranische Regime sein mag, es ließ sich durch Bombardierungen nicht beseitigen. Auch

die Aussagen von Exil- Iranern, unterstützt von einer ausländischen Intervention würde sich das gesamte Volk erheben, haben sich nicht bewahrheitet. Eines hat man auch gesehen: Washington kann von einem Sieg sprechen, wenn die amerikanischen Kriegsziele erreicht wurden. Der Iran hingegen muss nicht die amerikanischen Streitkräfte besiegen, um von einem Sieg reden zu können, es genügt, dass sich das Land irgendwie funktionsfähig erhält. Unterschätzt hat man vielleicht auch, dass ein Krieg, in dem viele Öl-produzierende Staaten involviert sind, gravierende Auswirkungen auch auf Freunde und Partner haben kann.

Mit viel weniger Risiko ist der **Einsatz der US-Justiz** zur Durchsetzung amerikanischer Interessen in der Welt verbunden. Wo immer viel Reichtum angesammelt wird, besteht die Möglichkeit, dass dabei nicht alle rechtlichen Vorschriften genau eingehalten worden sind. Personen, die dabei amerikanischen politischen oder wirtschaftlichen Interessen entgegenstehen laufen Gefahr, ins Fadenkreuz der US-Justiz zu geraten. Die Beschuldigungen können von der Verletzung von Sanktionen bis zum Gebrauch von US-Dollern bei der Abwicklung von Geschäften weichen. Das bekam auch der Oligarchie Dmytro Firtasch zu spüren, der im Ukraine Konflikt nicht immer auf der richtigen Seite stand. Washington hat seit dem Zerfall der Sowjetunion die größten Anstrengungen unternommen, um die Ukraine aus der russischen Interessensphäre zu lösen und dem eigenen Machtbereich einzuverleiben. Personen, die diesen Bestrebungen entgegenstanden mussten ausgeschaltet werden. Im Folgenden werden daher zunächst die Ziele der US- Außenpolitik in diesem Zusammenhang dargelegt; dann die dabei eingesetzten Mittel unter besonderer Berücksichtigung von „Lawfare“; schließlich soll aufgezeigt werden, wie wichtig die Ukraine für die US- Außenpolitik war und ist und warum es notwendig war, DF auszuschalten.

Die Ziele der amerikanischen Außenpolitik unter dem Einfluss der Neokonservativen waren ambitioniert. Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 setzten sich in den USA die Neokonservativen als bestimmende Kraft in der Außenpolitik durch, die verlangten, dass Amerika die alleine bestimmende Macht in der Welt bleiben muss. Der Kolumnist und Publizist Charles Krauthammer prägte damals den Begriff „unipolar moment“. Damit wollte er zum Ausdruck bringen, dass es in der Welt nur mehr ein einziges Machtzentrum, eben die USA gibt; und dass dieser einmalige Moment auch für die Zukunft abgesichert werden müsse. Manche, wie Francis Fukuyama, waren

überhaupt der Überzeugung, dass es zum Ende der Geschichte gekommen ist, weil sich die Ideen von Demokratie und Marktwirtschaft weltweit durchgesetzt hätten.

Die Neokonservativen, die in ihrer Jugend vielfach Marxisten waren, zeichnen sich dadurch aus, dass sie die, die längste Zeit getrennten Strömungen von „Idealisten“ und „Realisten“ nunmehr in einer einzigen Denkschule vereinten. Ihre Kernthese lautet, man müsse „amerikanische Werte und Ideale“, wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, auch mit Waffengewalt durchsetzen (was man in den Kriegen im Irak, in Libyen oder in Syrien auch versucht hat). Entscheidend ist auch, dass man die Neokonservativen nicht nur in einer Partei findet. Sie wurden vielmehr bestimmende Kraft sowohl bei den Republikanern (Irvin Kristol, Nathan Glazer, Norman Podhoretz, Dick Cheney, Paul Wolfowitz), als auch bei den Demokraten (Jeane Kirkpatrick, Peter Rosenblatt, Scoop Jackson, Robert Kagan, Victoria Nuland). Ganz wesentlich ist auch, dass die Neokonservativen nicht nur theoretische Konzepte entworfen haben, sondern auch die bestimmende Kraft in der Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik wurden.

In diesem Sinne haben die USA ihren Willen, an der **alleinigen Vorherrschaft in der Welt** festzuhalten, in ganz wichtigen strategischen Beschlüssen festgehalten, wie:

- 1992, als die „Defense Policy Guidance“ beschlossen wurde. Darin wird festgehalten, dass die militärische Führung der USA durch kein anderes Land in der Welt infrage gestellt werden darf. Die Militärausgaben von \$ 800 Milliarden im Jahre 2022 dienten also nicht nur der Sicherheit des eigenen Landes, sondern vor allem auch der Absicherung der weltweiten Vorherrschaft.
- 1996 wurde eine „National Security Strategy“ beschlossen, die festhält, dass die bewaffneten Streitkräfte das Rückgrat der US-Sicherheit darstellen sollten, diese aber auch eine wirtschaftliche und eine rechtliche Dimension hat. In diesem Sinne wird auch das Recht im Rahmen von „Lawfare“ (Law=Recht; Warfare=Krieg) als Mittel zur Durchsetzung amerikanischer Interessen eingesetzt.
- 2002 wurde dann die „Nationale Sicherheitsstrategie Freedom, Democracy & Free Enterprise“ beschlossen. Darin wird festgehalten, dass die USA auch Präventivkriege führen können (5).

Getragen von der Überzeugung, dass nur eine von den USA geführte Welt eine gute und sichere Welt ist, wurde in Europa mit der NATO-Ost- Erweiterung eine **neue Ordnung gegen Russland** aufgebaut. Dabei wurde alles getan, um die Ukraine immer stärker dem amerikanischen Einfluss zu unterwerfen. Dass bei einer solchen Vorgangsweise die Interessen anderer beeinträchtigt werden könnten, durfte insofern keine Rolle spielen, als die Vereinigten Staaten „the greatest force for good“ sind, die die Welt je gesehen hat, wie Joe R. Biden damals als Vizepräsident 2014 in einem Aufsatz geschrieben hat (6).

Dass die Amerikaner ein auserwähltes Volk sind, ist tief im anglo-sächsischen, calvinistischen Denken verankert („American exceptionalism“). Schon Oliver Cromwell hat 1656 festgestellt, dass die Engländer für die Werte Gottes kämpfen. Gleichzeitig hatte er aber auch ausgeführt, dass diese Werte Gottes sich voll und ganz mit den englischen Interessen decken (7).

Die Neokonservativen haben dann, wie dargestellt, diesen Einklang von **„Werten“ und „Interessen“** wieder voll hergestellt, wobei es immer wieder zu einer Anpassung an neue Gegebenheiten kommt. Dass es dabei auch darum geht, die nationalen Interessen im Lichte der neuen Gegebenheiten zu sehen, hat Joseph S. Nye in seinem Artikel „Redefining the National Interest“ sehr klar ausgeführt (8). Ein stärkerer amerikanischer Einfluss in der Ukraine diene demnach gleich mehrfachen amerikanischen Interessen: Russland sollte geschwächt und die eigene Macht gestärkt werden.

Auch die NATO-Osterweiterung hat in mehrfacher Hinsicht amerikanischen Interessen gedient. Dabei hat der damalige US-Außenminister James Baker am 9. Februar 1990 gegenüber Michael Gorbatschow versprochen, „die NATO werde ihren Einflussbereich nicht einen Inch nach Osten ausdehnen“. Das war eine Täuschung, die „an das Verhalten der USA gegenüber den Indianern im 19. Jahrhundert erinnert“ (9). Durch die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO kam man auch den Interessen von US- Rüstungsfirmen wie Lockheed Martin, Raytheon, Boeing und anderen stark entgegen, die dort neue Absatzmöglichkeiten gefunden haben. In diesem Zusammenhang wurde auch die Ukraine als lukrativer Absatzmarkt für amerikanische Produkte betrachtet. Es liegt auf der Hand, dass die USA massiv gegen alle jene Personen vorgingen, von denen sie glaubten, sie würden in der Ukraine eine Politik verfolgen, die gegen amerikanische Interessen gerichtet ist. Somit kam DF ins Fadenkreuz der amerikanischen Justiz.

“Lawfare“ ist ein wesentliches Mittel der amerikanischen Außenpolitik. Dass die USA mit einem Militärbudget, das praktisch so hoch ist wie das des Rests

der Welt zusammen und mit 800 Militärbasen auf der ganzen Welt die militärische Stärke als Grundlage ihrer Außenpolitik betrachten, liegt auf der Hand. Die militärische Stärke ist ein integraler Teil der amerikanischen Außenpolitik nach dem Motto „Foreign Pollicy without the backing of the military is like a baseball-game without a baseball bat“ („Eine Außenpolitik ohne die Unterstützung des Militärs ist wie ein Baseballspiel ohne Baseballschläger“). Das ist der leitende Grundsatz. Damit ist der Glaube verbunden „War can resolve political problems“, wie Edward N. Luttwak schreibt (10).

Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 32 380 \$ Milliarden im Jahre 2026 sind die USA auch die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt. Mit tausenden von Sanktionen gegen Staaten, gegen Unternehmen und deren Exponenten wird auch die wirtschaftliche Macht eingesetzt, um amerikanische Interessen durchzusetzen.

Aber Rüstung ist teuer und ein Wirtschaftskrieg kann auch den eigenen Wirtschaftsinteressen großen Schaden zufügen. Deshalb setzen die USA das von ihnen festgesetzte **Recht als Waffe** ein, „Lawfare“ ist wesentlich kostengünstiger. Die Entwicklung des internationalen Rechts war immer mit einer machtpolitischen Komponente verbunden. Jean Bodin entwickelte die Lehre von der Souveränität der Staaten erst, als mächtige Nationalstaaten bereits die Vorstellung von einer „Universalmonarchie“, angeführt von Kaiser und Papst, ad absurdum geführt hatten. Und Hugo Grotius hat die „Freiheit der Meere“ als Rechtsgrundsatz erst proklamiert, als die holländische Flotte schon stark genug war, sich gegen das vorher vom Papst programmierte Prinzip, das Weltmeer ist zwischen Portugiesen und Spaniern aufgeteilt, durchzusetzen. Aber die USA formulieren ihr Recht auch im Gegensatz zum Völkerrecht und sind bestrebt, es weltweit gegen alle anderen Staaten, ob Freund oder Feind, anzuwenden.

Nach verschiedenen Quellen wurde der Begriff „Lawfare“ schon 1975 von den Autoren John Carlson und Neville Yeomans verwendet und hat dann Eingang in die Vorstellungen vom totalen Krieg gefunden. Tatsächlich haben die USA ihr eigenes Rechtssystem entwickelt, einerseits um ihre Interventionskriege zu rechtfertigen, aber auch, um im Sinne einer extraterritorialen Jurisdiktion ihre Ansprüche weltweit verfolgen zu können. In diesem Sinne verhängen die Vereinigten Staaten, um ihre Außenpolitik zu unterstützen, weltweit Sanktionen gegen politische und wirtschaftliche Konkurrenten. Exponenten von „Lawfare“, wie der US- General Charles Dunlap, wollten diese Art der

Kriegsführung ganz bewusst auch deshalb entwickeln, um das allgemeine Völkerrecht zu umgehen. Völkerrecht und internationale Organisationen würden, so Dunlap, den Aktionsradius des US- Militär immer mehr einengen. Um dem entgegenzuwirken, hat man die eigene nationale Souveränität auf die ganze Welt ausgedehnt. Damit kann man die internationale Gerichtsbarkeit umgehen und jederzeit eigene Ansprüche durchsetzen.

Bürger anderer Staaten werden somit willkürlich der **amerikanischen Gerichtsbarkeit** unterworfen, etwa mit der Behauptung, sie hätten Transaktionen in Dollar durchgeführt oder ihre Produkte enthielten amerikanische Erzeugnisse. Unter dem Vorwand, die Korruption zu bekämpfen oder für Menschenrechte einzutreten, kann sich damit die amerikanische Justiz überall auf der Welt einmischen.

Auf diese Weise kann man andere Staaten in die Knie zwingen, genauso wie Konkurrenten in der Wirtschaft oder unliebsame Einzelpersonen. Eines von unzähligen Beispielen ist der „Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act“, mit dem auch Konzernen anderer Länder verboten wurde, mit Kuba Handel zu betreiben. Dieses amerikanische Gesetz hat auch eines gezeigt: es hat überhaupt nichts geholfen, dass sich die UNO in zahlreichen Resolutionen gegen diesen amerikanischen Gesetzesbeschluss ausgesprochen hat. Die USA haben sich im eigenen Interesse darauf bezogen und hart durchgegriffen. Genauso mussten in der Vergangenheit schweizerische und französische Banken Bußgelder in Milliarden-Dollar-Höhe an die USA bezahlen, wenn ein US-Gericht eine entsprechende Entscheidung gefällt hatte. Der Glaube an die Allmacht amerikanischer Sanktionen ist so groß, dass zu Beginn des Ukraine-Krieges viele glaubten, Russland könnte alleine durch Wirtschaftssanktionen in die Knie gezwungen werden.

Es stellt sich die Frage, ob der Einsatz dieser geballten Macht der Sicherheit des eigenen Landes dient oder der **Absicherung einer weltweiten Vorherrschaft**. Für die Vereinigten Staaten, mit freundlichen Nachbarn im Norden und Süden, zwei Ozeanen im Osten und im Westen, wäre wohl eine verstärkte Küstenwache in der Lage, die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Also, so heißt es, es geht darum, die Sicherheit der anderen zu schützen, etwa jene der Europäer. Diese werden dann als „Trittbrettfahrer“ bezeichnet, wenn ihre Militärausgaben nicht den amerikanischen Vorstellungen entsprechen. Tatsächlich aber dienen die gewaltigen Militärausgaben und der Einsatz anderer Mittel zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele nicht der Sicherheit, sondern der Aufrechterhaltung der amerikanischen Vorherrschaft in einer

unipolaren Welt. Das ist durchaus legitim, so haben schon die alten Römer gehandelt, aber es muss auch erlaubt sein, das zu sagen.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder gesagt, ohne die Unterstützung der NATO hätte die Ukraine den Krieg gegen Russland schon lange verloren. Das ist zweifellos richtig. Aber ohne die NATO-Ost-Erweiterung wäre es auch wohl nie zum Krieg in der Ukraine gekommen. Damit stellt sich die Frage, ob eine auf einer militärischen Vorherrschaft aufgebaute Ordnung dem Frieden dient? Faktisch wurde der seit dem Frieden von Utrecht 1713 geltende Grundsatz „Das Gleichgewicht der Mächte sichert den Frieden“ durch das Motto abgelöst „Die wohlwollende amerikanische Hegemonie bedeutet Frieden“. Aber so, wie es im 18. Jahrhundert ununterbrochen Kriege gab, um das „Gleichgewicht für den Frieden“ aufrecht zu erhalten, so gibt es seit einer Generation ununterbrochen Krieg, um die amerikanische Vorherrschaft zu stützen.

„Lawfare“ wird also dort eingesetzt, wo sich jemand gegen amerikanische Interessen stellt. Darüber hinaus sind die USA äußerst erfinderisch, wenn es darum geht, „Recht“ so zu interpretieren, dass es ihren Interessen dient. So können Gefangene auf Guantanamo lebenslang und ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden, „ohne dass amerikanisches Recht verletzt wird“ (15). Und da die Folterung von Gefangenen in den USA verboten ist, hat man diese in befreundete Staaten ausgeflogen, was „Renditions“ genannt wird, wo die dortige Polizei die Folterungen durchführt.

Der Einsatz von „Lawfare“ zeigt die **geopolitische Bedeutung der Ukraine** für die USA. Diese geopolitische Bedeutung der Ukraine für die USA kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Immerhin versuchte Washington seit Jahrzehnten, aus der Ukraine ein amerikanisches Protektorat zu machen. Bereits im Februar 2025 erklärte Präsident Donald Trump, die USA hätten für den Krieg in der Ukraine die beachtliche Summe von 350 Milliarden US Dollar ausgegeben. All das, weil die Eliten in Washington davon überzeugt waren, dass die Herrschaft über die Ukraine, weit über die Grenzen des Landes hinaus, von größter Bedeutung für die Herrschaft über den gesamten eurasischen Raum ist. Mit der Ukraine ist Russland die führende Macht bis zum Pazifik; ohne die Ukraine nur eine regionale Macht.

Genau in diesem Sinne hat sich bereits der Präsidenten-Berater **Zbigniew Brzezinski** geäußert, als er schrieb, die Ukraine ist „an important space on the Eurasian chessboard, the control of which is supposed to make a domination over the world possible“. Es geht also darum, dass die Kontrolle über die

Ukraine die Weltherrschaft ermöglichen kann. Gleichzeitig stellte auch er fest, dass Russland ohne die Ukraine keine Großmacht mehr sein kann.

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine war die Berichterstattung über das Geschehen im Lande in den westlichen Medien sehr stark davon abhängig, ob die Regierung in Kiew westlichen Anleitungen folgte oder nicht. Kaum versuchte ein Präsident auch nur eine gewisse Ausgewogenheit gegenüber Russland, gab es massive Kritik. So etwa, als im Oktober 2000 der pro westliche Außenminister Boris Tarasiuk in Kiew abgelöst wurde. Gleichzeitig haben die USA die „Zivilgesellschaft“ in der Ukraine aufgerüstet, unzählige NGOs wurden auf eine amerikanische Payroll gesetzt. Während amerikanische Konzerne bemüht waren, möglichst gute Geschäfte in der Ukraine zu machen, wurden russische Investitionen als „Bedrohung der ukrainischen Souveränität“ dargestellt. Millionen Dollar Geschenke an ukrainische Medien seitens des Westens waren ganz offiziell „Democracy-building-Initiatives“. Ukrainische Präsidenten und Spitzenfunktionäre wurden ausschließlich daran gemessen, wie weit sie der vom Westen vorgeschlagenen Politik folgten (22). Als Präsident Viktor Yanukovych dann versuchte, einen Mittelweg zu gehen, also Beziehungen sowohl zur Europäischen Union, als auch zu Russland zu pflegen, konnte man lesen „Time is running out for his Administration“ (23).

Die **Orangene Revolution** und der **Maidan-Putsch** waren ein Ergebnis dieser Politik. Die ständigen Bemühungen der USA und des Westens, die Ukraine in die eigene Einflussphäre einzugliedern, wurde besonders deutlich durch die Orangene Revolution 2004 und den Maidan- Putsch zehn Jahre später. Nun haben die USA eine lange Tradition, unfreundliche Regierungen zu stürzen und deren Anführer zu liquidieren:

- 1953 wurde im Iran Ministerpräsident Mohammad Mosaddeq mithilfe des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA gestürzt, nachdem er vorher westliche Ölgesellschaften verstaatlicht hatte.
- 1961 wurde der kongolesische Ministerpräsident Patrice Lumumba im Auftrag der CIA liquidiert, da die USA befürchteten, er könnte sein an Bodenschätzen reiches Land in den Einflussbereich der Sowjetunion führen.
- 1968 beteiligten sich CIA-Agenten an vorderster Front bei den Studentenunruhen in Paris. Man forderte den Rücktritt von Staatspräsident de Gaulle, der sich vehement gegen den Vietnamkrieg ausgesprochen hatte und vor allem in asiatischen Ländern starkes Gehör fand.

- 1973 wurde in Chile mithilfe der CIA der demokratisch gewählte Staatspräsident Salvador Allende gestürzt. Die USA befürchteten, er könnte sein Land ins „sozialistische Lager“ führen. An seine Stelle wurde der Diktator Augusto Pinochet gesetzt.

Das sind nur einige Beispiele dafür, wo und wie die USA einen Regierungswechsel in ihrem Sinne durchgeführt haben. Dabei ist man immer nach demselben Muster vorgegangen: mithilfe der Medien (und von bestochenen Journalisten) wurden Regierungen und deren Akteure diskreditiert und als Gefahr präsentiert. Bei oppositionellen Gruppen, Parteien oder Gewerkschaften, wurden Verbündete gesucht. Schließlich wurden mithilfe des Militärs oder von Stoßtrupps befreundete Politiker installiert. In Frankreich hat man etwas anders agiert als in der „Dritten Welt“.

Nun hat sich einiges geändert:

- Unter dem Motto „**Democracy-building**“ haben die Neokonservativen „**Regime-change**“ zu einer offiziellen Politik erklärt. So sehr der Geheimdienst CIA weiter in verdeckte Aktionen eingebunden ist, „Regime-change“ und „Nation-building“ wurden erklärte Ziele der US- Außenpolitik, von Einmarsch in den Irak bis zum „Arabischen Frühling“; von den „Farben-Revolutionen“ in Georgien, in der Ukraine oder in Kirgistan bis zur Zedernrevolution im Libanon. Als Rechtfertigung wird unter anderem die sehr wackelige Theorie angeführt, dass „Demokratien untereinander keine Kriege führen“ und deshalb alles getan werden muss, um Demokratien zu etablieren und den Frieden zu sichern. In Wirklichkeit geht es natürlich um die amerikanische Vorherrschaft in einzelnen Ländern. Tatsächlich haben sich die USA schon oft genug in ihrer Geschichte auch mit Diktaturen verbündet.
- Neu war auch, dass zu den bisherigen Verbündeten aus der politischen Opposition die **Nichtregierungsorganisationen (NGOs)** als äußerst aktive Akteure bei Umstürzen eingesetzt wurden. Von zahlreichen amerikanischen und anderen westlichen Institutionen, von den großen politischen Parteien in den USA und in Deutschland, werden Hunderte von NGOs organisiert und finanziert und als „Zivilgesellschaft“ präsentiert. D.h. nicht, dass die dabei engagierten, oft jungen Leute, nicht auch Idealisten sein können. Aber das dabei insgesamt verfolgte Ziel, eine Abhängigkeit des jeweiligen Landes von den USA zu erreichen, hat auf jeden Fall Priorität.

- Noch etwas hat sich geändert: wenn die USA früher im Iran, im Kongo oder in Chile einen Putsch durchgeführt haben, dann wusste man, es ging um handfeste politische oder wirtschaftliche Interessen. Heute geht es immer um „**Werte**“, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Die längste Zeit war Außenpolitik Machtpolitik. Der Zweck heiligte die Mittel. Es ging darum, den eigenen Staat zu stärken, wenn möglich, territorial zu vergrößern. Damit wurden Verhaltensweisen, die man im privaten Bereich auf das schärfste verurteilte, in den zwischenstaatlichen Beziehungen nicht nur geduldet, sondern sogar verherrlicht. Das Gebot „Du sollst nicht töten“ etwa verwandelte sich in eine Heldenverehrung für jene Feldherren und Soldaten, denen es gelang, am Schlachtfeld möglichst viele Feinde zu töten.

Seit sich in den USA unter dem Einfluss der Neokonservativen die „realistische Schule“ und die „idealistische Schule“ miteinander verbunden haben, wurde die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder damit gerechtfertigt, dass Freiheit, Demokratie und Menschenrechte „**universelle Werte**“ sind, die überall durchgesetzt werden müssen. In diesem Sinne haben auch die Vereinten Nationen die Resolution „Responsibility to protect“ verabschiedet. Demnach besteht sogar die Verpflichtung der „Internationalen Gemeinschaft“ die Bürger eines Landes vor der eigenen Regierung zu schützen, wenn diese nicht in der Lage ist, Schaden von ihnen abzuwehren. Der erste Versuch, diese Resolution in der internationalen Politik anzuwenden, nämlich der NATO- Einsatz 2011 in Libyen, ist allerdings gründlich daneben-gegangen (26).

Die **Orangene Revolution**, die 2004 in der Ukraine stattfand, ist jedenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen. Es ging darum, dass der bei den in diesem Jahr durchgeführten Präsidentenwahlen der vom Westen unterstützte Kandidat, Victor Juschtschenko, dessen Wahlfarbe Orange war, auch als Präsident eingesetzt wird. Was war geschehen? Zunächst erklärte die Zentrale Wahlkommission den von Russland unterstützten Kandidaten Victor Janukowytsch zum Sieger. Dann trat der oben dargestellte Mechanismus in Aktion: Westliche Medien berichteten von Wahlbetrug; NGOs organisierten die „Zivilgesellschaft“; es kam zu Streiks und zu Massendemonstrationen. Aufgrund der Proteste wurde der erste Wahlgang vom Obersten Gericht der Ukraine für ungültig erklärt. Nach der Wiederholung der Wahl im Dezember 2004 wurde Januschtschenko zum Sieger ausgerufen.

Unterstützt wurde die Orangene Revolution ganz offiziell von der Konrad-Adenauer Stiftung, von der Open Society Foundation des amerikanischen Milliardärs George Soros sowie von Freedom House. Laut einem Artikel in „Die Zeit“ erhielt Juschtschenko alleine für die Wahl von den USA \$ 65 Millionen. Ziel der USA war es jedenfalls, in der Ukraine einen Präsidenten zu installieren, der bereit war, die **NATO-Mitgliedschaft** zu unterstützen. Trotz dieses gewaltigen Einsatzes brachte Juschtschenko als Präsident den USA nicht die gewünschten Ergebnisse. Innerhalb seines Bündnisses kam es zum Streit mit Julija Timoschenko, das Bündnis, das die Orangene Revolution getragen hatte, löste sich sehr bald auf. Schließlich wurde bei der nächsten Präsidentenwahl 2010 Viktor Janukowytsch im zweiten Wahlgang mit 49 % der Stimmen gegen Julija Timoschenko, die 45,5 % erhielt, zum Präsidenten gewählt. Damit hatten die vom Westen unterstützten Kräfte eine neue Motivation, gegen den neuen Präsidenten aktiv zu werden.

In diesem Zusammenhang muss man wohl folgendes festhalten: Die EU hat Wesentliches erreicht: Friede und Prosperität wurden in Europa durch Jahrzehnte gewährleistet. Einiges ist allerdings gescheitert: Die Nachbarschaftspolitik; sowohl der Barcelona-Prozess, als auch die Ukraine-Politik. Im Rahmen des Barcelona-Prozesses wurden seit 1995 Milliarden EURO ausgegeben, um die Länder Nordafrikas zu demokratisieren, wirtschaftlich zu stärken und näher an die EU heranzuführen. Der „Arabische Frühling“ hat dann allerdings gezeigt, dass sich in den arabischen Ländern vor allem die Autokraten mit EU-Geldern bereichert haben; dass von Demokratie in diesen Ländern keine Rede sein konnte; dass der ganze Barcelona Prozess lediglich ein Schlagwort war.

Ähnliches kann hinsichtlich der östlichen Nachbarschaftspolitik der EU gesagt werden: Unterstützungsprojekte der EU für die Ukraine, zum Beispiel das „Support-Package“ konzentrierten sich vor allem auf finanzielle Zuwendungen: Es gab Milliarden EURO aus dem EU-Budget; Milliarden von der Europäischen Investmentbank oder der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung; Milliarden EURO durch die „Neighbourhood Investment Facility (NIF)“ und dergleichen. Wer aber sollte in einem Lande ohne funktionierende Strukturen all diese Milliarden entsprechend einsetzen und umsetzen?

Einige von der EU vorgebrachten Argumente waren unrealistisch, zum Beispiel die Feststellung, die Ukraine ist ein souveränes Land, Verhandlungen über ein **Assoziierungs-Abkommen** mit Drittstaaten gehen

Russland nichts an. Persönlichkeiten, die in realistischer Weise auch Rußland einbinden wollten, wie Dmytro Firtasch, wurden eliminiert.

Diese total einseitige Vorgangsweise hatte jene Folgen, die wir heute kennen: Die Krim wurde annektiert; es kam zum Krieg, der im Osten schon 2014 begann. Viele Ukrainer haben seit dem „Regime-Change“ im Februar 2014 sehr viel gelitten, eine ausgewogenere Politik wäre für das Land besser gewesen. Verhandlungen mit Moskau dienten vor allem dem Zweck, Zeit zu gewinnen, um die Ukraine aufzurüsten. Das hat Angela Merkel in ihren Memoiren ganz offen über das damals abgeschlossene „Minsker Abkommen“ geschrieben. Darüber hinaus konnte man einen Hang der EU feststellen, „Schlagworte statt Lösungen“ anzubieten: So heißt es in einem Dokument vom September 2014 über die Beziehung der EU und der Ukraine: Die Ukraine ist ein „Priority Partner“; und zwar schon aufgrund des „Partnership und Co-operation Agreement“, das schon 1998 abgeschlossen wurde. Frage: Welche Partner der EU haben keine Priorität und hat man sich überlegt, dass die ukrainische Wirtschaft, um überhaupt überleben zu können, damals eine Soforthilfe von immerhin € 40 Milliarden gebraucht hätte (27).

4. Die bilateralen Beziehungen zwischen China, Russland und den USA

Was die bilateralen Beziehungen zwischen China und den USA betrifft, so sehen manche die zentrale Frage darin, ob es zwischen den beiden **Supermächten zu einem Krieg** kommen wird. Dabei gibt es natürlich die unterschiedlichsten Einschätzungen. Einige halten eine militärische Auseinandersetzung für durchaus wahrscheinlich, andere warnen vor der Gefahr eines Krieges, betonen aber gleichzeitig, dass dieser verhindert werden kann.

Sehr große Aufmerksamkeit erhielt das Buch von **Graham Allison** „Destined for War: Can America and China escape Thucydides’s Trap“ (). Der griechische Historiker schrieb in seiner Abhandlung über den Peloponesischen Krieg, die Ursprünge dieses Krieges lagen darin, dass sich die etablierte Macht Sparta gegen das aufstrebende Athen zur Wehr setzte. Die Frage ist nun, ob die USA und China bei den heutigen Machtverschiebungen dieser „Falle“ entkommen können. Der frühere australische Ministerpräsident Kevin Rudd analysiert in seinem Buch

„The avoidable War“ die strategischen, ideologischen und kulturellen Gegensätze zwischen Washington und Peking (). Er warnt vor einem verheerenden Krieg, glaubt aber nicht, dass dieser unvermeidlich wäre. Es liegt an der politischen Führung der beiden Länder, eine totale Eskalation zu verhindern. Hal Brands und Michael Beckley argumentieren, dass die gefährlichste Phase der Rivalität zwischen China und den USA bereits heute gegeben ist. Sie führen das unter anderem darauf zurück, dass China einerseits militärisch stärker wird, andererseits aber wegen innenpolitischer Probleme unter Druck gerät ().

Robin Nibett vom Royal Institute of International Affairs wiederum vertritt die These, dass sich die Vereinigten Staaten und China bereits in einem **neuen Kalten Krieg** befinden. Er ist überzeugt, dass dieser Konflikt die internationale Politik des 21. Jahrhunderts entscheidend prägen wird. Dabei wird sich dieser neue Kalte Krieg entscheidend von der Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion im 20. Jahrhundert unterscheiden. Das Zentrum des seinerzeitigen Kalten Kriegs war Europa; der neue Kalte Krieg spielt sich im Indopazifik und im Globalen Süden ab. Darüber hinaus waren der „freie Westen“ einerseits und der kommunistische Machtbereich andererseits zwei klar abgegrenzte Machtblöcke mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen. Heute ist die Bündniszugehörigkeit viel weniger eindeutig, wenn man etwa an Indien denkt, das einerseits besondere Beziehungen zu den USA pflegt, andererseits aber auch Teil der BRICS ist. Die neue Weltordnung könnte also von einem „System übergreifender Allianzen“ geprägt sein. Außerdem haben die USA und China heute durchaus enge wirtschaftliche Verflechtungen, gleichzeitig gibt es eine harte Konkurrenz im Bereich der Technologie, beim Handel oder selbst bei Lieferketten. Die frühere Strategie der Eindämmung der Sowjetunion lässt sich deshalb sicherlich nicht so einfach auf China übertragen.

Richtig ist, dass der **Aufstieg Chinas** die alleinige amerikanische Vormachtstellung in der Welt herausfordert. Die USA erklären sehr deutlich, dass sie ihre führende Stellung in der internationalen Ordnung behalten wollen. Gleichzeitig will China, aufbauend auf seiner neuen wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Stärke, seinen Einfluss in der Weltpolitik ausbauen. Niblett liegt wohl richtig, wenn er schreibt, der Kampf um den Globalen Süden spielt in diesem neuen

Kalten Krieg eine entscheidende Rolle. Sowohl Washington als auch Peking versuchen, Staaten in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten für sich zu gewinnen. Weiters kann man lesen: „Es geht nicht nur um Macht, sondern auch um politische Systeme“. Das stimmt, aber nicht mehr in dem Ausmaß wie seinerzeit bei der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Peking ist anderen politischen Systemen gegenüber offen und auch die USA, gerade unter Donald Trump, ordnen der ideologischen Ausrichtung eines anderen Landes keine primäre Bedeutung mehr bei.

Tatsächlich werden sich wohl in den nächsten Jahren spannungsgeladene Perioden mit solchen der Entspannung in den Beziehungen zwischen den beiden Supermächten immer wieder ablösen; harmonisch erscheinende Gipfeltreffen mit kampfbetonten Aussagen, bei denen vor allem der wirtschaftliche Wettbewerb im Vordergrund steht, werden ein Wechselspiel von Kooperation und Konkurrenz sein.

Der am Hoover Institute in Stanford tätige Forscher **Dan Wang** hat wohl recht, wenn er schreibt, China wird die Vereinigten Staaten nicht als führende Weltmacht entthronen, aber gerade bei den Technologien der Zukunft ein **starker Rivale** sein. Amerikaner und Chinesen teilen dieselbe Leidenschaft für den technologischen Fortschritt, denselben Pragmatismus. Allerdings gibt es auch einen sehr großen Unterschied: China ist eine Gesellschaft von **Ingenieuren**, die Vereinigten Staaten eine von **Juristen**.

Dan Wang kommt zu dieser Feststellung aufgrund einer Analyse des beruflichen Werdegangs der Eliten des jeweiligen Landes. In den 1980er Jahren hat Deng Xiaoping vor allem Ingenieure in die Spitzenposten der Regierung gebracht. 2002 waren alle neuen Mitglieder des Politbüros, des höchsten Gremiums der Kommunistischen Partei, ausnahmslos Ingenieure. Das Problem dabei liegt darin, so Dan Wang, dass Ingenieure in der Konstruktion eines neuen Projekts bereits die Lösung sehen. Damit verbunden ist der Glaube an „social ingeneering“, also daran, dass man das Denken der Menschen und die Gesellschaft insgesamt entsprechend gestalten kann. Das kann zu falschen politischen Schlussfolgerungen führen, wie die „ein Kind- Politik“ oder „zero covid“.

In den Vereinigten Staaten hingegen sind es die Juristen, die Politik und Gesellschaft bestimmen. Die Hälfte der zehn letzten Präsidenten und alle Präsidentschaftskandidaten der Demokraten selbst 1984 haben Rechtswissenschaft studiert. Das Problem dabei wiederum ist, dass diese die Tendenz haben, alle Initiativen zunächst einmal zu blockieren. Ein Beispiel: 2008 haben die Wähler von Kalifornien in einem Referendum grünes Licht für den Bau einer Hochgeschwindigkeits-Bahn von San Francisco nach Los Angeles gegeben. Im selben Jahr hat in China der Bau eines ähnlichen Projekts zwischen Peking und Shanghai begonnen. Dieses wurde drei Jahre später fertiggestellt und hat offiziell \$ 40 Milliarden gekostet. Der Schnellzug in den USA fährt, fast 20 Jahre später, immer noch nicht und die Kosten belaufen sich bereits auf \$ 130 Milliarden. Ein wesentlicher Grund für die Verzögerung waren immer wieder der Umweltschutz- Bestimmungen.

Dabei waren die Amerikaner lange Zeit ein Volk der Baumeistern und sind 1969 als erste auf den Mond geflogen. Aber dann haben die Juristen übernommen. Heute gibt es alleine im Umweltbereich Vorschriften, die 15 000 Seiten umfassen. Ein jeder Fliegenfischer muss zu seinem Recht kommen. Dan Wang glaubt nun, dass in den USA der Staat zu schwach ist, um diesen Auswüchsen entgegenzutreten zu können. (Umso eigenartiger ist es, wenn gerade die USA in verschiedenen Teilen der Welt als „State-builder“ und „Nation-builder“ auftreten, wie in Afghanistan oder im Irak).

Was China betrifft, so hatte das Land während der letzten 40 Jahre einen gewaltigen **wirtschaftlichen Aufschwung** und hat 2021 immerhin 76 % des amerikanischen BIP erreicht. Heute sind es nur mehr 64 % und die Jugendarbeitslosigkeit in China beträgt 20 %. Außerdem hätte sich unter Xi Jinping die Konkurrenz unter den Unternehmen abgeschwächt, die Abhängigkeit von Peking hingegen verstärkt. Letztlich geht es darum, und da hat Dan Wang sicherlich recht, wie leistungsfähig das jeweilige politische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische System letztlich ist. So kommt China heute für ein Drittel der weltweiten Industrieproduktion auf, wobei sich dieser Anteil durchaus noch erhöhen kann. Dies deshalb, weil China alleine 2025 Solaranlagen mit einer Kapazität von 300 GigaWatt gebaut hat und sich 40 Nuklear-Kraftwerke im Bau befinden; in den USA hingegen keines. In Deutschland sind die Energiepreise fünfmal

höher als in China. China hat also gute Chancen, bei den Technologien der Zukunft Erfolge zu erzielen von den Halbleitern bis zur Künstlichen Intelligenz.

China und die USA sind, so Dan Wang, **militärische und technologische Supermächte**. Dies, obwohl in China das politische System und die Ingenieure die Dynamik einbremsen können, so wie die Juristen in den USA. Aber Amerika dominiert auch den weltweiten Finanzmarkt und das kulturelle Geschehen in Amerika ist nach wie vor sehr attraktiv. In China hingegen wollen die Ingenieure den Finanzmarkt kontrollieren und der Staat das kulturelle Schaffen. Tatsächlich hat man in China Jahre hindurch eine erstaunliche kulturelle Kreativität gesehen. Aber letztlich haben die Behörden diese eingebremst.

Die Abhandlungen über die Beziehungen zwischen den USA und China füllen in der Zwischenzeit ganze Bibliotheken. Die Analysen gehen von der Möglichkeit einer konstruktiven Zusammenarbeit, zumindest in verschiedenen Bereichen, bis zu pessimistischen Vorhersagen, wonach eine größere Konfrontation unausweichlich ist. Entsprechend unterschiedlich werden auch die Gipfeltreffen Trump-Xi beurteilt. So schrieben die New York Times etwa, dass vom jüngsten **Gipfeltreffen** der beiden Staatsoberhäupter im September 2026 hinsichtlich der drei großen Krisen, mit denen die Welt konfrontiert ist- der Künstlichen Intelligenz, Klimawandel und Sicherung der Lieferketten für die Weltwirtschaft- kein Fortschritt zu erwarten ist. Das ständig Trump-kritische New Yorker Blatt schrieb sogar, Trump habe dem internationalen Status der USA derart geschadet, dass für die chinesische Führung der Ausspruch Napoleons gilt: „Störe deinen Feind nicht dabei, einen großen Fehler zu machen“. Andere sehen immerhin einen Fortschritt darin, dass Arbeitsgruppen über die Künstliche Intelligenz und die Normalisierung der Handelsbeziehungen gebildet wurden. Insgesamt kann man wohl folgendes sagen: Solange keine Seite die Möglichkeit sieht, einen entscheidenden Sieg zu erringen, wird es, trotz starker Konkurrenz und Konflikten, immer wieder Zeiten der Entspannung geben.

Was die Beziehungen zwischen **China und Russland** betrifft, so heißt es in der Global Governance Initiative zum Krieg in der Ukraine, dass alle Anstrengungen unternommen werden sollten, um eine friedliche Lösung zu erreichen. In diesem Sinne hat China, zusammen mit Brasilien und dem Globalen Süden die „Group of Friends for Peace on the Ukraine Crisis“ geschaffen.

Jedenfalls gehören die Beziehungen zwischen China und Russland heute zu jenen Faktoren, die bestimmend sind für die **Gestaltung der neuen Weltordnung**. Beide Staaten wollen ein internationales System, in dem die USA nicht mehr alleine die Regeln bestimmen. Gleichzeitig haben beide Länder eigene nationale wirtschaftliche, militärische und geopolitische Interessen. In diesem Sinne kann man wohl sagen, China und Russland sind heute strategische Partner, aber keine Verbündeten im klassischen Sinn. Ihre Zusammenarbeit beruht auf gemeinsamen Interessen, gemeinsamen Nutzen, sowie auf der Konkurrenz mit den USA und deren Verbündeten. Gleichzeitig kann es dabei auch Interessensgegensätze geben.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist wohl das Fundament der Partnerschaft zwischen Peking und Moskau. Seit 2022 hat sich diese deutlich intensiviert, wobei man sagen kann, dass beide Länder aufeinander angewiesen sind. Russland liefert Rohstoffe, während China Fertigwaren und Hochtechnologie verkauft. China bezieht russisches Erdöl, Erdgas, Kohle und andere Rohstoffe. Für Russland ist China ein besonders wichtiger Absatzmarkt geworden, nachdem große Teile des europäischen Energiemarktes aufgrund der Sanktionen der Europäischen Union weggefallen sind. Russland importiert chinesische Autos, Maschinen, Elektronik und Industriegüter. Chinesische Produkte ersetzen vielfach Waren, die früher aus dem Westen gekommen sind.

Die Gaspipeline „Power of Siberia“ hat 2019 den Betrieb aufgenommen und liefert Erdgas nach China. Die Exportkapazität beträgt 38 Milliarden m³ Erdgas jährlich. Zweite Pipeline unter dem Namen „Power of Baikal“ mit einer Kapazität von jährlich bis zu 50 Milliarden m³ Erdgas pro Jahr ist geplant und soll von Westsibirien über die Mongolei nach China führen. 2025 betrug der Warenhandel zwischen Russland und China \$ 228 Milliarden; 2020 waren es mit \$ 107,8 Milliarden nicht einmal die Hälfte (damals betrugen die chinesischen Exporte nach Russland \$ 50,6 Milliarden, die russischen Exporte nach China \$ 57,2 Milliarden). Nach den EU- Sanktionen hat Russland mit China einen wichtigen Abnehmer für seine Rohstoffe gefunden. China hat damit aber auch stärkeren wirtschaftlichen Einfluss bei seinem nördlichen Nachbarn gewonnen.

Beide Länder haben auch ihre **militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit** ausgebaut. Es gibt gemeinsame Marine- und Militärübungen; eine sicherheitspolitische Abstimmung und einen Erfahrungsaustausch in militärischen Angelegenheiten. Allerdings gibt es keinen NATO- ähnlichen Beistandspakt. China ist nicht verpflichtet, Russland im Fall eines Krieges militärisch beizustehen. Ebenso wenig besteht eine automatische russische Beistandspflicht für China etwa in einem Konflikt um Taiwan.

Was die internationalen Beziehungen betrifft, so stimmen China und Russland in mehreren wesentlichen Fragen überein. Beide Staaten wollen, dass Macht international auf mehrere Zentren aufgeteilt wird. Sie lehnen es ab, dass Washington alleine über Sanktionen, Sicherheitsfragen und internationale Regeln entscheidet. Um diese gemeinsamen Interessen durchzusetzen, arbeiten beide Länder im Rahmen der BRICS und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) zusammen. In diesem Rahmen sollte es auch gelingen, die Dominanz westlicher Währungen und westlicher Finanzinstitute zurückzudrängen.

Was die **Zusammenarbeit im diplomatischen Bereich** betrifft, so vereinbarten Xi Jinping und Wladimir Putin im Mai 2026 eine weitere Vertiefung ihrer strategischen Kooperation und verlängerten den bilateralen Freundschaftsvertrag. Im Oktober 2026 bekräftigten die Außenminister Wang Yi und Sergej Lawrow erneut ihre Partnerschaft. Kann es dabei auch Spannungsfelder bzw. unterschiedliche Interessen geben? Zweifellos. Russland war früher die deutlich größere Militärmacht und auch führend in vielen Bereichen der Technologie. Heute ist das Verhältnis wesentlich asymmetrischer. Angesichts der zahlreichen Sanktionen, denen Russland ausgesetzt ist, braucht Moskau den chinesischen Markt, während Peking seine wirtschaftlichen Beziehungen weltweit diversifizieren kann. Darüber hinaus konkurrieren beide Länder um Einfluss in Zentralasien. China hat dort an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Russland verfügt weiterhin über historische, politische und militärische Verbindungen. Die schleppenden Verhandlungen über „Power of Siberia 2“ zeigen, dass jedes Land auch eigene Interessen durchsetzen will. Die geschickte diplomatische Vorgangsweise Chinas ermöglicht es, dass Peking etwa im Ukraine-Konflikt als Unterstützer Russlands, aber auch als möglicher Vermittler auftreten kann.

Insgesamt kann man wohl sagen, dass die chinesisch-russischen Beziehungen mehr sind als eine kurzfristige Zweckgemeinschaft. Nicht zuletzt aufgrund der Haltung des Westens haben sich diese institutionell, wirtschaftlich und im

politischen Bereich verfestigt. Für die Zukunft wird wohl auch entscheidend sein, wie sich das bilaterale Kräfteverhältnis entwickelt, welche Auswirkungen der Ukraine Krieg letztlich für Russland haben wird. Fest steht zweifellos, dass die künftige Weltordnung durch die chinesisch-russische Zusammenarbeit schon jetzt ganz entscheidende Impulse erhalten hat.

Die **Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland** haben eine lange Tradition und sind auch heute nicht ausschließlich durch den Krieg in der Ukraine bestimmt, wie dies in den Beziehungen zwischen der EU und Russland der Fall ist. Den USA geht es vielmehr darum, wie sie ihre Vorherrschaft in der Welt aufrechterhalten können, welche Vorteile ein Handel mit Russland nach wie vor bringt und welche Rolle auch dieses Land angesichts des Aufstiegs Chinas übernehmen kann. Beide Länder sind die größten Atommächte der Welt, von ihren bilateralen Beziehungen hängt die Sicherheit der Welt in einem ganz entscheidenden Ausmaß ab. Seit dem Ende des Kalten Krieges 1991 haben beide Länder Phasen der Zusammenarbeit und der Kooperation erlebt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion glaubten offensichtlich Eliten in Washington, Moskau würde sich auf Dauer den Wünschen der USA unterordnen, was unter einem willigem russischen Präsidenten Boris Jelzin eine Zeit lang zweifellos der Fall war. Die von Amerika unterstützte Transformation Russlands in dieser Zeit stürzte das Land in ein Chaos und hat bleibende Spuren hinterlassen.

Ohne russische Interessen zu beachten, gingen dann die USA daran, zusammen mit den europäischen Verbündeten die neue **Sicherheitsordnung in Europa gegen Russland** aufzubauen. Die NATO wurde nach Osten erweitert, die Ukraine sollte vollständig in die amerikanische Einflussosphäre eingegliedert werden, wie es im seinerzeitigen Telefonat von Victoria Nuland mit dem amerikanischen Botschafter in Kiew deutlich zum Ausdruck kam. Die EU wiederum verweigerte der Ukraine eine Brückenfunktion, wie sie vom seinerzeitigen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch im Zusammenhang mit einem Assoziierungsabkommen Ukraine-EU angestrebt wurde.

Obwohl US-Präsident Barack Obama und der russische Präsident eine Verbesserung der Beziehungen vereinbarten, verschlechterten sich diese dramatisch. Der ukrainische Präsident Janukowytsch, der gute Beziehungen sowohl mit Russland als auch mit der EU wollte, wurde durch den Maidan-Putsch 2014 vertrieben. Die neue Regierung in Kiew verbot der **russischen Minderheit**, die eigene Muttersprache zu gebrauchen, Russland annektierte die

Krim. Der russische Großangriff auf die Ukraine im Februar 2022 verschärfte die Konfrontation mit den USA. Diese unterstützten von Beginn an die Ukraine militärisch und finanziell und verhängten weitreichende Sanktionen gegen Russland. Die politischen Beziehungen wurden stark eingeschränkt.

Donald Trump suchte nach seiner Rückkehr ins Weiße Haus im Jänner 2025 neue Möglichkeiten für direkte Gespräche mit Moskau. Immerhin war einer seiner Wahlslogans, er würde den Krieg in der Ukraine „in 24 Stunden beenden“. Von den USA wurden Friedensgespräche eingeleitet, diese brachten aber den gewünschten Erfolg nicht in der kurzen Zeit, wie man es vielleicht erwartet hätte. Die USA haben seit 2014, verstärkt seit 2022, Sanktionen gegen russische Banken, Unternehmen, Einzelpersonen und ganze Wirtschaftssektoren verhängt. Damit sollten vor allem Russlands Zugang zu Kapital und westlicher Technologie eingeschränkt und die Kosten des Krieges für Moskau erhöht werden. Im September 2026 wurden dann in den USA, auch, um den harten Russland- Gegner Lindsey Graham ein Denkmal zu setzen, verschärfte Sanktionen gegen Russland beschlossen. Als aber dann die Benzinpreise in Amerika neue Höchstwerte erreichten, schlossen Trump und Putin einen „gas deal“, der es Russland ermöglichte, größere Mengen von Diesel in die USA zu liefern. Diese Vereinbarung führte zu einem Aufschrei bei vielen Europäern, die sich offensichtlich nicht der Tatsache bewusst waren, dass Amerika seine Geschäftsbeziehungen mit Russland nie abgebrochen hat. Business ist eben Business.

Dass die bilateralen Beziehungen **Russland- USA** vielfach schwieriger sind als während der Zeit des Kalten Krieges, zeigt die Tatsache, dass der „New-START-Vertrag“ im Februar 2026 ausgelaufen ist und nicht erneuert wurde. Dieser Vertrag hatte das Ziel, die Zahl der strategischen Atomwaffen beider Länder zu begrenzen. Er wurde 2021 noch einmal auf fünf Jahre verlängert, 2026 aber nicht mehr. Beide Seiten sind eben strategische Gegner, verhandeln aber im Rahmen eines Krisenmanagements und pflegen auch einen Warenaustausch. So haben die USA in den letzten Jahren von Russland angereichertes Uran für ihre Kernkraftwerke bezogen, im Jahre 2025 immerhin 400 t im Wert von \$ 1,03 Milliarden. Im Gegensatz zu den Europäern nehmen die Amerikaner ihre Interessen auch in Zeiten von Konflikten wahr.

5. China, Russland und die USA in den internationalen Organisationen

Was die Tätigkeit der drei Weltmächte in den internationalen Organisationen betrifft, so geht es einmal darum, welche Schwerpunkte

sie im System der Vereinten Nationen setzen; welche Organisationen darüber hinaus für ihre spezifischen Interessen geschaffen wurden; und wie weit sie das derzeitige System insgesamt verändern wollen.

China ist es im gegenwärtigen internationalen System gelungen, mit einem BIP von 20 850 Milliarden Dollar (2026) zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt aufzusteigen. 2025 erzielte das Land einen Handelsbilanzüberschuss von 1000 \$ 100 Milliarden; die Exporte von Elektroautos konnten 2026 im Vergleich zum Vorjahr um 110 % und jene von Solarmodulen um 60 % gesteigert werden. Peking hat auch eine starke Kontrolle über die weltweite Produktion von seltenen Erden.

Peking ist daher kaum daran gelegen, das **derzeitige internationale System** abzuschaffen, wohl aber daran, es im eigenen Interesse weiterzuentwickeln. Denn auch im politischen Bereich ist es China gelungen, im Rahmen des bestehenden Systems der Vereinten Nationen und der internationalen Organisationen seinen Einfluss auszubauen, aufbauend auf den 1945 festgelegten Grundsätzen wie jenem der Souveränität der Staaten und der Nicht- Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes. Wenn ein Land mit China Geschäfte macht, muss dieses Land nicht befürchten, dass man seiner Regierung vorschreibt, wie es regiert werden soll oder dass man Sanktionen verhängt, wenn das politische System anders ist als das Chinas.

China will also, im Gegensatz zu „America first“, in den internationalen Organisationen als eine Macht auftreten, die die **Zusammenarbeit** sucht und verantwortungsbewusst handelt. In diesem Sinne hat sich etwa der chinesische Ministerpräsident Li Qiang 2025 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegen Protektionismus und hohe Zölle ausgesprochen, die einseitig verhängt werden. Im Gegensatz dazu verfolge China weltweit eine „Politik der offenen Tür“. In den letzten Jahren hat China auch seinen Einfluss innerhalb der Spezialorganisationen der UNO ausgebaut. Zwischen 2019 und 2021 standen chinesische Staatsangehörige an der Spitze von vier UN- Sonderorganisationen. Später war der Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der VN (FAO) mit Qu Dongyo ein Chinese.

Peking will also eine **multipolare Weltordnung** mitgestalten und eigene Schwerpunkte setzen. Dabei geht es um den Schutz der eigenen Souveränität; darum, den eigenen Einfluss zu stärken und jenen des Westens zu begrenzen; und darum, den Globalen Süden zu mobilisieren. Ein Beispiel dafür ist die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO). In dieser Organisation finden sich auch Russland, Indien, Pakistan und der Iran. Die SCO dient der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, der Terrorismusbekämpfung und der regionalen Kooperation. Sie ist kein formales Militärbündnis. Im Rahmen der BRICS arbeitet China mit Brasilien, Russland, Indien, Südafrika und anderen Staaten zusammen. Diese Gruppe fordert unter anderem eine stärkere Vertretung der Schwellen- und Entwicklungsländer in internationalen Institutionen. Auch wenn diese Gruppe immer wieder dahingehend kritisiert wird, dass sie oft chaotisch agiert, die BRICS haben Moskau in ganz entscheidender Weise geholfen, den westlichen Sanktionen standzuhalten. In einem bescheideneren Ausmaß ist es auch schon gelungen, bei internationalen Transaktionen den US- Dollar zu ersetzen. Ein weiteres Beispiel für eine von Peking geförderte Alternative ist die Asiatische Infrastruktur und Investmentbank (AIIB). Die 2016 in Betrieb gegangene multilaterale Entwicklungsbank hat ihren Sitz in Peking. Sie finanziert unter anderem Verkehrs-, Energie- und Infrastrukturprojekte. Insgesamt geht es also darum, China, über die vom Westen gegründeten Organisationen und Institutionen hinaus, die Möglichkeit zu geben, die internationale Ordnung zu beeinflussen.

Die **Sowjetunion** war Gründungsmitglied der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem Zerfall der UdSSR übernahm Russland deren Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, wo es bei entscheidenden Fragen immer wieder sein Veto einlegte. Schon aus diesem Grund möchte Russland die zentrale Rolle der UNO erhalten. Damit geben die Vereinten Nationen Russland die Möglichkeit, geopolitisch eine Rolle zu spielen. Die Rolle **Moskaus in den Vereinten Nationen** war immer wieder konfrontativ, weil Russland eben verhindern will, dass die internationalen Organisationen von den USA und deren Verbündeten alleine dominiert werden. Gleichzeitig soll dadurch Russland ein eigener Status als Machtzentrum gesichert werden.

Aber auch Russland ist bemüht, über die traditionellen internationalen Organisationen hinaus, seinen Einfluss geltend zu machen. So hat Moskau im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization die Zusammenarbeit mit Peking ausgebaut und ist über die BRICS stärker in den Globalen Süden eingebunden. Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 wurde die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gegründet. Ihr ursprüngliches Ziel war es, die Beziehungen zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken aufrechtzuerhalten und Moskau weiter einen Einfluss im post-sowjetischen Raum zu gewährleisten. Konkret wollte man durch regelmäßige Konsultationen eine politische Abstimmung erreichen; die Handelsbeziehungen und die wirtschaftlichen Verpflichtungen zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken erhalten und erleichtern, sowie die historisch gewachsenen Beziehungen in einem gemeinsamen Rechts- und Kulturraum pflegen. Auf jeden Fall wollte Russland auch verhindern, dass die ehemaligen Sowjetrepubliken ihre außenpolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen ausschließlich auf die Europäische Union und die USA ausrichten. Die GUS zählt 2026 noch neun formelle Mitglieder. Georgien ist bereits 2009 ausgetreten; die Ukraine nimmt nicht mehr an der Gus- Arbeit Teil und Moldau hat seinen formellen Austritt bereits eingeleitet.

Die Rolle der USA in den Vereinten Nationen ist ein recht gutes Spiegelbild der Veränderungen der internationalen Ordnung seit 1945. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA die treibende Kraft bei der Gestaltung des kommenden internationalen Systems. UNO, Weltbank und Währungsfonds, sowie die internationalen Handelsbeziehungen wurden nach amerikanischen Vorstellungen neu aufgebaut. Das war sehr legitim, hatten die Amerikaner doch gerade einen Weltkrieg gewonnen. Während Europa in Schutt und Asche lag, wurde in Dumbarton Oaks, einem Vorort von Washington, darüber nachgedacht, wie Friede und Sicherheit in der Welt in Zukunft gewährleistet werden könnten. Demnach war dann die UNO zuständig für die Aufrechterhaltung des Friedens; für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wurden Spezialorganisationen geschaffen. So wie das „New Deal“-Programm entscheidend dabei half, dass die USA die Folgen der Depression von 1929 überwinden konnten, sollten nunmehr internationale Organisationen dazu beitragen, die gesellschaftliche Entwicklung und damit den Frieden zu sichern. So sehr dabei die Gleichheit und

Souveränität aller Staaten betont wurde, dass Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zeigte sehr deutlich, dass Machtpolitik auch weiterhin eine Rolle spielen sollte.

Washington betrachtete die neuen internationalen Institutionen als entscheidend für die internationale Sicherheit und Stabilität, sie sollten aber gleichzeitig amerikanische Interessen sicherstellen. Das war, trotz der Bildung des kommunistischen Blocks unter Führung Moskaus, solange durchaus möglich, als die meisten Staaten westlich orientiert waren. Nachdem in den 1960er immer mehr Staaten ihre Unabhängigkeit erlangten und dadurch eine „Dritte-Welt“ entstand, änderten sich die Mehrheiten in den verschiedenen UNO-Gremien. Ab diesem Zeitpunkt gab es in den Vereinigten Staaten immer wieder starke Stimmen, die betonten, eine internationale Zusammenarbeit dürfe nie zu einer „Submission“ also zu einer Unterordnung der USA und sein internationales Gremium werden.

Die jüngsten Sanktionen, die Washington gegen den **Internationalen Strafgerichtshof** im Oktober 2026 verhängt haben, sind ein besonders prägnanter Ausdruck dieser Politik. US- Außenminister Marco Rubio begründete das amerikanische Vorgehen unter anderem damit, dass die USA nie dem Gerichtshof beigetreten sind. „Wir brauchen ihn nicht, und wir wollen ihn nicht“ sagte er. Tatsächlich haben Demokraten wie Republikaner immer die Idee abgelehnt, dass das „Weltstrafergericht“ die Möglichkeit haben sollte, „amerikanische Staatsbürger, Angehörige des Militärs oder politische Entscheidungsträger zu verfolgen“.

Dabei blieb die UNO für die USA dann durchaus wichtig, wenn etwa der UN- Sicherheitsrat zur Durchsetzung der eigenen Politik herangezogen werden konnte, etwa bei Sanktionen, im Kampf gegen den Terrorismus, oder bei Konfliktregelungen. Schon zu Beginn seiner zweiten Amtszeit ordnete Donald Trump an zu prüfen, „ob internationale Institutionen den USA konkret nützen“. Das Ergebnis war, dass sich die USA im Jänner 2026 aus 66 internationalen Organisationen zurückzogen, etwa von der UNO- Konvention über den Klimawandel, von der UNO- Konferenz über Handel und Entwicklung, aus dem Population-Fund, aus dem UN Democracy Fund, sowie aus verschiedenen UN- Kommissionen und Programmen.

2025 haben die USA dann auch den UN- Menschenrechtsrat verlassen mit der ausdrücklichen Begründung, dass tatsächliche Menschenrechtsverletzungen nicht angemessen verurteilt werden, dieses Gremium sich jedoch immer wieder gegen Verbündete der USA richtet.

Skeptisch gegenüber internationalen Organisationen, haben die USA in den letzten Jahren **zahlreiche bilaterale Abkommen** abgeschlossen, sowohl unter Joe Biden, als auch unter Donald Trump, um den eigenen Einfluss zu erweitern. Diese Abkommen betreffen vor allem die Verteidigung, den Handel, Technologie, Rohstoffe, Energie und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Ländern. Für die Jahre von 2021-2026 gibt es dafür folgende Beispiele: AUKUS mit Australien und Großbritannien; betrifft Hochtechnologie im Verteidigungsbereich; die Zusammenarbeit beim Bau von Atom- U-Booten. Ein Abkommen mit Japan über die Zusammenarbeit bei kritischen Mineralien, insbesondere für Batterien von Elektroautos. Mit Großbritannien wurde ein neues Handelsabkommen abgeschlossen, das Zölle und die wirtschaftliche Zusammenarbeit betrifft. Mit Saudi-Arabien gibt es Vereinbarungen über Verteidigung, eine Rüstungskooperation und Investitionen. Mit Argentinien wurde ein Rahmenabkommen über gegenseitigen Handel und Investitionen vereinbart. Auch mit El Salvador wurde ein Abkommen betreffend den bilateralen Handel abgeschlossen; ähnlich mit Ecuador und Guatemala. Ein strategisches Übereinkommen mit Südkorea betrifft den Handel und Investitionen.

Washington versucht also, bessere Bedingungen für amerikanische Exporte, Investitionen und den Zugang zu ausländischen Märkten zu erreichen. Die USA bauen Vereinbarungen aus, die ihre Abhängigkeit bei wichtigen Rohstoffen von einzelnen Ländern und strategischen Konkurrenten verringern sollen. Die Strategie der Trump- Regierung setzt dabei vor allem auf Zölle. Es geht darum, im Fernen Osten wirtschaftlich gegenüber China gerüstet zu sein; im Nahen Osten setzt man auf Saudi-Arabien, Israel und Katar. Die wirtschaftliche Einflussnahme gegenüber Indien, Argentinien, Indonesien und Vietnam sollte gestärkt werden. Jedenfalls sind auch die Vereinigten Staaten bemüht, über die Politik in den internationalen Organisationen hinaus ein System aufzubauen, das ihren Interessen entspricht.

6. Welche Zukunft für Europa?

Während die drei Weltmächte ihre Politik nach den eigenen Interessen ausrichten und untereinander, wenn auch nicht immer spannungsfrei, Beziehungen pflegen, übt sich Europa in Selbstgerechtigkeit. Man ist von der eigenen moralischen Überlegenheit überzeugt, man sieht die Fehler der anderen, aber nicht die eigenen. Die Beziehungen zu Russland sind durch den Ukraine- Krieg zerstört, in denen mit China dominieren Schlagworte wie „De-risking“ und „De-coupling“; und man will nicht einsehen, dass das Verhältnis zu den USA neu ausgerichtet werden muss. Ein Höhepunkt dieser Selbstüberschätzung ist wohl die Aussage der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas die im Februar 2025 am Hudson Institut in Washington erklärte „Wir müssen zunächst Russland besiegen, um es dann mit China aufnehmen zu können“.

Als Ersatz sieht man ein vages „**Bündnis der Mittelmächte**“ etwa mit Kanada, ohne genauere Vorstellungen davon zu haben. Aber es gibt keinen Ersatz für die Beziehungen zu den Großmächten, die das Weltgeschehen bestimmen. Da die Auseinandersetzungen zwischen Kanada und den USA in den letzten Wochen zu einem echten Handelskrieg geführt haben, sind Stimmen laut geworden, dass es nunmehr an der Zeit wäre, Kanada und die Europäische Union würden näher zusammenrücken. Diese Überlegung ist nicht unbegründet. Als österreichischer Botschafter in Kanada habe ich schon vor über 20 Jahren eine Broschüre mit dem Titel „Kanada- ein Land zwischen den Welten“ geschrieben. Den Titel habe ich damit begründet, dass Kanada seinem Wesen nach ein europäischer Staat auf amerikanischem Boden ist. Kanada blieb lange nach der Unabhängigkeitserklärung der 13 Kolonien vor 250 Jahren noch Teil von Britisch Nordamerika. Ein Bruch mit England hat nie stattgefunden. In den Ersten Weltkrieg ist Kanada noch nach einem Beschluss des britischen Parlaments eingetreten. Beim Eintritt in den Zweiten Weltkrieg wurde ein eigener Beschluss 14 Tage nach dem englischen Parlament gefasst. Auch heute ist der englische König Staatsoberhaupt des Landes. Mein Beglaubigungsschreiben als österreichischer Botschafter war an Königin Elisabeth II adressiert.

Wesentlich für die kanadische Sonderstellung war zunächst der französische Einfluss in weiten Teilen des Landes. Dieser blieb auch bestehen, nachdem

Frankreich im Siebenjährigen Krieg, als Verbündeter Österreichs, die Herrschaft über die Provinz Quebec verloren hatte. Invasionsversuche der USA konnten mehrfach abgewehrt werden. Schon Benjamin Franklin, der ausgedehnte Besitzungen in Nova Scotia hatte, wollte alle englischen Kolonien in Nordamerika den Vereinigten Staaten einverleiben. Im Britisch-Amerikanischen Krieg von 1812-1815 marschierten US- Truppen von mehreren Seiten in Ober- und Unter- Kanada ein. Die kanadisch- britischen Kräfte konnten die Invasion zurückschlagen und haben im Laufe des Krieges sogar das Weiße Haus in Washington angezündet. Auch später gab es US- Geheimpläne, die Macht der USA über Kanada auszudehnen, wie etwa den „War Plan red“ aus dem Jahre 1927.

Tatsächlich haben sich die **kanadisch- amerikanischen Beziehungen** im 20. Jahrhundert äußerst freundschaftlich entwickelt, nachdem die 8892 km lange Grenze 1908 einvernehmlich festgelegt worden war. Man kämpfte in beiden Weltkriegen Seite an Seite; Kanada wurde 1949 Gründungsmitglied der NATO; beide Länder haben ein gemeinsames Luftkommando eingerichtet. Präsident John F. Kennedy erklärte 1961 in einer Rede vor dem Parlament in Ottawa: „Those whom nature hath so joined together, let no man put asunder“. 1994 ist die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft getreten. Die wirtschaftlichen Verflechtungen zu den USA wurden so stark, dass in manchen Jahren 87 % der kanadischen Exporte zum südlichen Nachbarn gingen.

Natürlich gab es immer wieder auch Konflikte. So warfen die USA den Kanadiern regelmäßig vor, ihre Holzexporte staatlich zu subventionieren, was die amerikanischen Waldbesitzer benachteiligen würde. Präsident Richard Nixon nannte den kanadischen Ministerpräsidenten Trudeau (Vater) einmal „Son of a bitch“; worauf dieser erwidert: „I have been called worse things by better people“. In letzter Zeit war der kanadische Nationalstolz besonders gefordert, als Präsident Donald Trump erklärte, Kanada sollte der 51. Bundesstaat der USA werden. Als dann Trump Maßnahmen „gegen die unfairen Handelspraktiken Kanadas“ ergriff und der kanadische Ministerpräsident mit Zöllen auf US- Importe im Wert von \$ 20 Milliarden antwortete, kam es zum offenen Handelskrieg.

Es wäre nun falsch, würden Österreich und die EU als **Trotzreaktion gegen Trump** die Beziehungen mit Kanada neu ausrichten. Es ist schon höchst eigenartig, dass Kanada und China plötzlich eine „strategische Partnerschaft“ vereinbart haben, wo die Kanadier noch vor nicht allzu langer Zeit die

Finanzchefin von Huawei, Meng Wanzhou, auf US- Geheiß unter einem fadenscheinigen Vorwand eingesperrt haben. Man sollte sich hingegen grundsätzlich überlegen, wie die Beziehungen zu Kanada intensiviert werden könnten.

Heute gibt es zwischen der EU und Kanada bereits ein Handelsabkommen. (CETA-Comprehensive Economic and Trade Agreement). Es wurde 2016 unterzeichnet; 98 % der Zölle und der anderen Handelshemmnisse wurden bereits abgeschafft. Aber zehn EU- Mitgliedsstaaten haben das Abkommen immer noch nicht ratifiziert. Umstritten sind nach wie vor die Rechte der ausländischen Investoren; es geht um Standards bei Lebensmitteln; sowie um Normen im Gesundheits- und Umweltbereich.

Im beiderseitigen Interesse sollte es aber möglich sein, etwa den **Studentenaustausch** zu intensivieren, die Zusammenarbeit in Bereichen **Wissenschaft** und **Forschung, KI** eingeschlossen, auszubauen. Kanada ist in vieler Hinsicht ein beeindruckendes Land. Gerade in der Auseinandersetzung mit dem südlichen Nachbarn demonstrieren kanadische Intellektuelle immer wieder ihre patriotische Haltung. Das trägt sicherlich auch dazu bei, dass Kanada heute in der Welt ein hohes Ansehen genießt, dass Weltoffenheit und Patriotismus keine Gegensätze sein müssen. In diesem Sinne könnten wir in Zukunft engere Zusammenarbeit mit Kanada ausrichten, die aber kein Ersatz für die Beziehungen zu den Großmächten sein können.

Was die Beziehungen zu den USA betrifft, so hat bereits Präsident Barack Obama den „Vorrang für Asien“ ausgerufen. Damit ist **Europa in die zweite Reihe abgerutscht**. Donald Trump hat diese Entwicklung dann auf seine Art noch deutlicher gemacht. Dabei hat der NATO- Beitritt Finnlands bei den „Transatlantikkern“ zunächst viel Euphorie ausgelöst. Dass das Schicksal ihres Landes immer wieder von Entscheidungen der Großmächte abhing, die sie nicht beeinflussen konnten, ist tief im Bewusstsein vieler Finnen verankert. Nachdem das Land jahrhundert lang ein Teil Schwedens war, entschieden Napoleon und der russische Zar Alexander I. 1807 bei einem Gipfeltreffen in Tilsit, dass Finnland künftig ein Großherzogtum unter der Herrschaft des Zaren sein sollte.

1917 erlangte das Land die Unabhängigkeit. Aber bei dem 1939 geschlossenen Stalin-Hitler Pakt wurde neuerlich über die Köpfe der Finnen hinweg entschieden: Finnland wurde der sowjetischen Einflußsphäre zugesprochen, so wie Estland und Lettland. Aber während sich diese Länder kampflös ergaben, kämpften die Finnen um ihre Unabhängigkeit. Ende November 1939

marschierte die „Rote Armee“ ein, offensichtlich im Glauben, das Land mit damals lediglich 4 Millionen Einwohnern leicht besiegen zu können. Aber die Finnen kämpften entschlossen und mussten sich erst nach einem „Winterkrieg“ der Übermacht ergeben.

Als der „Fortsetzungskrieg“ an der Seite Deutschlands mit einer Niederlage zu enden drohte, schrieb der damalige Staatspräsident Carl Gustaf Mannerheim an Hitler: „Wenn Deutschland den Krieg verliert, wird es Deutschland weiter geben; wenn Finnland den Krieg verliert, gibt es Finnland nicht mehr“. Diese Offenheit hat die finnische Politik immer ausgezeichnet.

1945 musste Finnland der Sowjetunion Gebiete abtreten und Reparationen zahlen, war aber das einzige Land des seinerzeitigen Zarenreiches, das nicht von sowjetischen Truppen besetzt wurde. Die von Helsinki gewählte Allianzfreiheit sollte dann eine Garantie für nationale Souveränität und territoriale Unversehrtheit bilden. Diese zu erhalten spielte bei allen außenpolitischen Entscheidungen eine Rolle. Als Finnland 1995, gemeinsam mit Österreich der Europäischen Union beitrug sagte der damalige Ministerpräsident über die Beitrittsgegner zu mir einmal: „Die haben offensichtlich Tilsit ganz vergessen“.

Für einen **NATO-Beitritt** waren damals nur einige Intellektuelle, wie etwa Max Jacobson, zusammen mit etwa 30% der Bevölkerung. Die Meinung von Staatspräsident Matti Ahtisaari überwog, der sagte: „Ein NATO-Beitritt soll mehr Sicherheit und nicht mehr Unsicherheit bringen; mehr Stabilität in der Region und nicht mehr Instabilität“, was offensichtlich auf die Reaktionen Moskaus abzielte. Dabei hat Finnland seine Landesverteidigung immer sehr ernst genommen. Selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wurde das Militär bestens ausgerüstet; moderne amerikanische Kampfflugzeuge gekauft und alles getan, um die 1300 km lange Grenze mit Rußland abzusichern. In den letzten Jahren hat Finnland auch an NATO-Manövern teilgenommen.

Der brutale Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine hat dann offensichtlich den Ausschlag dafür gegeben, dass Finnland, zusammen mit Schweden, den vollen Beitritt zur NATO anstrebt. Mein seinerzeitiges Buch hatte den Titel „Finnland-ein Volk im Wandel“. Gemeint war damals die Modernisierung des Landes, seine Rolle im Bereich der Hochtechnologie, seine Weltoffenheit. Mit der NATO-Mitgliedschaft wurde ein weiterer historischer Wandel vollzogen. So euphorisch die neue Mitgliedschaft von Finnland und Schweden in der NATO von vielen auch begrüßt wurde, an den Vorstellungen

der USA, dass die **Zielsetzung dieses Bündnisses** neu ausgerichtet werden sollte, änderte das nichts.

Die Frage stellen, ob die NATO eine Zukunft hat, deutet bereits die Möglichkeit an, dass das nord- atlantische Militärbündnis eventuell schwierigen Zeiten entgegen geht. Fest steht wohl, dass die heute 32 Mitglieder umfassende Organisation neu ausgerichtet werden muss. Wie diese neue Ausrichtung aussieht, hängt wohl von **drei Entwicklungen** ab: Vom Ausgang des Krieges in der Ukraine; davon, wie weit sich amerikanische Interessen in Zukunft mit den Vorstellungen der Europäer decken; sowie davon, was die Aufgaben einer militärischen Allianz, die sich ursprünglich auf Europa konzentriert hat, in der Welt von morgen sein können.

Die NATO ist sehr stark im *Krieg in der Ukraine* involviert, manche sprechen sogar von einem „Stellvertreterkrieg“, den die NATO gegen Russland führt. Fest steht wohl, dass viele der Drohnen, die das russische Hinterland treffen, in NATO-Ländern erzeugt werden; dass westliche Geheimdienste Ziele in Russland aussuchen; und dass der Krieg ohne NATO- Unterstützung schon längst beendet wäre. Nun haben wir gerade in letzter Zeit in den westlichen „Leitmedien“ immer wieder gelesen und von ihnen gehört, dass sich die Ukraine auf der Siegerstraße befindet. Das „Drohnen- Wunder“ in der Ukraine habe eine Wende im Krieg herbeigeführt, eine neue Wunderwaffe wird demnächst die Entscheidung zugunsten Kiews bringen. Der Ausgang eines Krieges, insbesondere dessen längerfristigen Auswirkungen, ist jedoch sehr ungewiss. Glaubhafte Analytiker wie Scott Ritter oder Alexander Mercouris sprechen davon, dass die Ukraine nurmehr ein Schattendasein führt und vom Westen nurmehr künstlich am Leben erhalten wird.

Ganz unrecht dürften diese kritischen Stimmen nicht haben. So liest man in dem jüngsten, im März 2026 erschienenen Bericht der amerikanischen Geheimdienste, dass die russischen Bodentruppen im Ukraine- Krieg, trotz der erlittenen Verluste, bisher gestärkt aus der Auseinandersetzung hervorgegangen sind. Auch die russischen Luft- und See-Streitkräfte sind weiter intakt und schlagkräftiger als vor der Invasion im Februar 2022. Darüber hinaus, so der Bericht, baut Russland seine ohnehin schon sehr beachtliche Atomstreitmacht weiter aus. Russland dürfte auch in der Lage sein, westlichen Sanktionen weiter zu trotzen, selbst wenn dadurch die eigene Wirtschaft beeinträchtigt wird. Die dadurch bewirkte Hinwendung zu China könnte langfristig zu einer stärkeren Abhängigkeit zu Peking führen. Jedenfalls, so stellen die amerikanischen Geheimdienste fest, ist es Russland im abgelaufenen

Jahr gelungen, die Oberhand im Ukraine- Krieg zu behalten, weshalb Moskau keinen Grund sieht, die Kämpfe einzustellen, solange seine Truppen Geländegewinne verzeichnen.

Sollte also der **Krieg in der Ukraine** nicht die von den Spitzen der NATO erhofften Ergebnisse bringen, wird das die Organisation massiv erschüttern. Dies insbesondere auch deshalb, weil es gerade die NATO- Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands war, die zu diesem Krieg geführt hat. Dazu kam noch, dass Politiker in Kiew den Wunsch eines NATO- Beitritts in der Verfassung des Landes verankert haben. Dabei haben anerkannte amerikanische Diplomaten und Russland- Experten deutlich vor einer NATO- Osterweiterung gewarnt. An führender Stelle war dabei George F. Kennan, früher US- Botschafter in Moskau und Architekt der amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion. Er bezeichnet bereits 1997 eine NATO- Erweiterung als den „verhängnisvollsten Fehler der amerikanischen Politik in der Ära nach dem Kalten Krieg“. In diesem Sinne sprach sich auch Jack F. Matlock Jr. aus. Er war von 1987-1991 US- Botschafter in der Sowjetunion, also während des Zerfalls der UdSSR. William J. Burns, ebenfalls amerikanischer Botschafter in Moskau, schrieb 2008 in einem diplomatischen Telegramm an sein Außenministerium, ein NATO- Beitritt der Ukraine überschreite für Russland „rote Linien“ und wird zu einer schweren Krise führen. Dennoch wurde die NATO- Osterweiterung vorangetrieben; westliche Politiker ermunterten Kiew für einen NATO- Beitritt zu kämpfen „as long as it takes“. Es gibt also viele Gründe dafür, dass der Ausgang des Krieges in der Ukraine das weitere Schicksal der Militärorganisation ganz entscheidend beeinflussen wird. Als Donald Trump sah, dass die Unterstützung der Ukraine für sein Land eine Belastung wurde, die USA Milliarden von Dollar kostete, hat begonnen, die Unterstützung von Kiew einzubremsen.

Eine weitere Frage, die die **Zukunft der NATO** entscheidend bestimmen wird ist die, wie weit sich *europäische und amerikanische Interessen* auch in Zukunft decken, bzw. wie weit die europäische Haltung den Interessen der USA entspricht. Als die NATO vor bald 80 Jahren gegründet wurde, war Westeuropa noch eines der Zentren der Welt. England und Frankreich hatten noch viele ihrer Kolonien. 1955 wurde auch die Bundesrepublik Deutschland in das Bündnis eingebunden, dessen Ziele von allen in gleicher Weise mitgetragen wurden: „To keep the Russians out, the Americans in and the Germans down“, wie es der erste Generalsekretär der Allianz, Lord Ismay, treffend formulierte. Jedenfalls hatten die Amerikaner ein massives Interesse daran, dass sich die

Westeuropäer einer möglichen kommunistischen Expansion entgegenstellten und hielten ihren Atomschild als Schutz über Europa.

Der amerikanische Präsident George Bush (Vater) sprach dann bereits davon, dass der neue Feind der NATO nicht ein Land, sondern „die Instabilität in der Welt“ schlechthin ist. Diese Aussage entsprach bereits dem amerikanischen Sendungsbewusstsein, der ganzen Welt Demokratie und Freiheit zu bringen. Tatsächlich war dann das Engagement der NATO in den Jugoslawien-Kriegen der 1990er Jahre ein Wendepunkt in ihrer Geschichte. Sie griff zum ersten Mal außerhalb des eigenen Bündnisgebietes ein, in Bosnien und Herzegowina, sowie in Kosovo. Unter amerikanischer Führung startete die Operation „Deliberate Force“, es wurden Ziele der bosnischen Serben bombardiert und 1999 wurden, wieder unter Führung der USA, Ziele in Serbien angegriffen. Es ging dabei auch darum, für die NATO einen neuen Aufgabenbereich zu finden, der den amerikanischen Vorstellungen entsprach.

Nach den **Anschlägen vom 11. September 2001** haben sich die europäischen Bündnispartner spontan zu Art. 5 des NATO- Vertrages bekannt und ihre Bereitschaft zum Beistand bekundet. Es war dann aber die alleinige Entscheidung der USA, 2001 in Afghanistan einzumarschieren, um das dortige Taliban- Regime zu bestrafen. Die NATO hat dann 2003 die Führung der Internationalen Schutztruppe ISAF (International Security Assistance Force) in Afghanistan übernommen; später die Ausbildungsmission „Resolute Support“. Von amerikanischer Seite wurde allerdings immer wieder kritisiert, dass die Europäer kaum bereit waren, sich in Afghanistan in jenen Zonen zu engagieren, wo wirklich gekämpft wurde. Als sich die Amerikaner 2021 überhastet aus Afghanistan zurückzogen, wurden die europäischen Verbündeten zunächst darüber gar nicht informiert.

Donald Trump hat dann schon in seiner ersten Amtsperiode keinen Hehl daraus gemacht, was er von der NATO und den europäischen Verbündeten dachte. Er bezeichnete die NATO als „Papiertiger“ und forderte die Europäer auf, endlich mehr für die eigene Verteidigung zu tun, um zumindest das erklärte Ziel, 2 % des BIP für das Militär auszugeben, zu erreichen. Bald nach Beginn der zweiten Amtsperiode erklärte dann Vizepräsident J. D. Vance bei der Sicherheitskonferenz in München im Februar 2025, was die neue Administration von den Europäern tatsächlich hielt: Er sprach nicht über die Ukraine, sondern kritisierte die Europäer wegen der in seinen Augen eingeschränkten Meinungsfreiheit und ihrer falschen Einwanderungspolitik. „Die größte Bedrohung für Europa“, so der Vizepräsident, „ist nicht Russland,

das sind die Bedrohungen von innen“. Im Einklang damit erklärte Verteidigungsminister Pete Hegseth, dass sein Land nicht mehr der oberste Garant für die europäische Sicherheit ist“.

Nun könnten einige glauben, das seien die Auswüchse der Regierung Trump; nach seiner Zeit würde man wieder zu den alten Zuständen zurückkehren. Das ist wohl nicht so. Dass die NATO- Verbündeten die **amerikanische Vorherrschaft weltweit** unterstützen sollten, ist schon lange herrschende Meinung weiter Kreise in Washington. So schrieb Victoria Nuland, führende Außenpolitikerin der Demokraten, in ihrer Zeit als US- Botschafterin bei der NATO (von 2005-2008) folgendes: „Die NATO muss ihre Streitkräfte weltweit einsetzen, in the front line in confronting the 21st century“. Eine Debatte wie 2003, als sich der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler gegen den Einmarsch der USA im Irak aussprachen, dürfe sich nicht wiederholen. Die NATO müsse sich in Zukunft um alle Krisenherde in der Welt kümmern, um den Nahen Osten, den Iran, Nord- Korea und China, schrieb Nuland. Wenn also Donald Trump heute die Europäer rügt, sie würden ihn im Krieg gegen den Iran zu wenig unterstützen, hat das durchaus Tradition. Die NATO wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als Allianz gegen Russland eingerichtet. Aus der Sicht Washingtons war es nur logisch, dass dieses Bündnis nach dem Zerfall der Sowjetunion eine globale Ausrichtung erhielt. Die Zukunft der NATO wird davon abhängen, ob das der Fall ist, schrieb William Pfaff schon in einem Artikel in der New York Times vom 12. Jänner 2006.

Es geht also darum, ob es gelingt, die **NATO in einer neuen Weltordnung** neu auszurichten. Die Welt von 2049 wird nicht die von 1949 sein. Im Gründungsjahr der NATO erzeugten China und Indien gemeinsam gerade 2 % der Welt-Wirtschaftsproduktion; 2049 sollten es 28 % sein. Man könnte noch zahlreiche andere Kriterien anführen, um aufzuzeigen, dass sich das Zentrum der Welt von Europa in den Indo- Pazifischen Raum verlegt hat. Das gilt vor allem auch für die amerikanischen Sicherheitsinteressen, die 1949 andere waren als heute. Es liegt auf der Hand, dass Washington bei der Beurteilung seiner weltweiten Sicherheitsinteressen diesen Realitäten Rechnung trägt. Wenn sich die Europäer angesichts dieser Entwicklung einen Krieg in der Ukraine leisten, wird das die USA und den Rest der Welt nicht aufhalten, an Europa vorbei zu ziehen.

Nun geht dich bis zur rüstet Europa auf. Die europäischen NATO- Mitglieder haben sich verpflichtet, 5 % ihres Bruttonationalprodukts für das Militär auszugeben. Obwohl schon Präsident John F. Kennedy die europäischen

Partner aufgefordert hat, mehr für ihre Verteidigung zu tun, hat Präsident Donald Trump nun auf seine Art erreicht, dass die Europäer der amerikanischen Forderung nachkommen. Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz hat in seiner Regierungserklärung dargelegt, dass die deutsche Bundeswehr die „stärkste konventionelle Macht“ in Europa werden muss. Der britische Verteidigungsminister John Healey will die Rüstungsindustrie seines Landes massiv ausbauen. Der Generalstabschef der französischen Streitkräfte, General Fabien Mandon, hat erklärt, „Frankreich muss darauf vorbereitet sein, im Konflikt mit Russland seine Kinder zu verlieren“. Manche, wie der polnische Ministerpräsident, erklären, dass wir uns bereits im Dritten Weltkrieg befinden; andere sagen, wir steuern darauf hin.

Dabei sind die Europäer, gerade im Vergleich mit Russland, militärisch nicht schlecht aufgestellt: Die **Europäische Union** verfügt, zusammen mit dem Vereinigten Königreich, über 2 Millionen aktive Soldaten; Russland hingegen höchstens über 1 300 000. Darüber hinaus können die Europäer auf bis zu 3 Millionen Reservisten zurückgreifen, Russland höchstens auf 2 Millionen. Auch bei den Kampfpanzern sind die Europäer mit 6000 Stück den Russen mit höchstens 3000 weit überlegen. Einen Vorteil gibt es, nach dieser Aufstellung, für Russland bei den Artillerie- Systemen, wo das Kräfteverhältnis 20 000 zu 12 000 beträgt. Hingegen hat Europa mit 2000 Kampfflugzeugen mehr und modernere Jets als Russland (1200). Auch bei der Marine ist das Kräfteverhältnis sehr eindeutig auf der Seite der Europäer, etwa im Bereich der Flugzeugträger. Allerdings verfügen Frankreich und Großbritannien nur über 500 Atomwaffen; Russland hingegen über 5500. Insgesamt betragen die Militärausgaben der Europäer jährlich etwa \$ 400 Milliarden; jene Russlands offiziell \$ 120 Milliarden. Klar ist, dass nicht nur diese Zahlen die Einsatzbereitschaft eines Militärs widerspiegeln, es geht sehr wohl auch um die Kommando- Struktur, sowie um die Einsatzbereitschaft. Diesbezüglich besteht zweifellos bei den 27 europäischen Armeen eine große Möglichkeit, diese zu verbessern. (Diese Zahlen basieren auf einer Darstellung der französischen Publikation Le Point 2026-Le temps des predateurs).

Die nunmehr ausgebrochene **Kriegshysterie** wird immer wieder angefacht von Meldungen des „britischen Geheimdienstes“, wonach „Putin“ plant, in einigen Jahren in Europa einzumarschieren. Manchmal hat man den Eindruck, die Engländer haben den Russen nie verziehen, dass sie ihr eigenes Empire verloren haben. Dabei ist die offizielle Propaganda in sich höchst widersprüchlich. Einerseits wird den Russen vorgeworfen, dass ihre Armee

korrupt und inkompetent ist, was dadurch zum Ausdruck kommt, dass in einem Jahr nur ein Prozent des ukrainischen Territoriums eingenommen werden kann. Andererseits wird behauptet, „Putin“ würde umgehend nach Lissabon durchmarschieren, würden ihn die tapferen Ukrainer nicht aufhalten. Im Programmheft zum Stück „Die letzten Tage der Menschheit“ kann man lesen: „In der Neuen Freien Presse sieht Karl Kraus das perfekte Beispiel für eine bürgerliche- liberale Zeitung, die sich mit der Macht arrangiert, legitimiert und dabei vorgibt, objektiv zu berichten“. Hat sich seither etwas geändert?

Wenn gefordert wird, wir brauchen eine Kriegswirtschaft, muss man wissen, was das bedeutet. Soll unser **Welfare-State** in einen **Warfare-State** umgewandelt werden? Der unlängst in Washington von der Regierung Trump vorgelegte Budgetvorschlag für 2027 zeigt, wo in den USA die Prioritäten liegen: die Militärausgaben sollen im nächsten Jahr bei \$ 1500 Milliarden liegen, was eine Steigerung um 44 % in einem Jahr bedeutet. Die Ausgaben für Erziehung und Bildung, die ohnehin nur \$ 76,5 Milliarden betragen, werden hingegen um 3 % gekürzt. Nun ist es richtig, dass in den Vereinigten Staaten die Ausgaben für Bildung primär von den Kommunen getragen werden. Aber auch das Bundesbudget zeigt sehr deutlich, welche Gesellschaft man haben will (New York Times April 10th 2026). In jenen Bereichen, die die Daseinsvorsorge betreffen, wird in den USA primär der einzelne Bürger belastet. Ein College kann durchaus \$ 30.000 im Semester kosten. 27 Millionen Menschen haben immer noch keine Krankenversicherung. 1,2 Millionen Privatpolizisten müssen angestellt werden, weil die öffentliche Hand die Sicherheit nicht gewährleisten kann. (In dieser Zahl sind die Sicherheitskräfte, die in vielen Häusern Manhattans und in anderen Großstädten angestellt sind, nicht einbezogen.) In den Ländern Europas ist der Staat bemüht, die Grundlagen für die persönliche Lebensqualität zu schaffen, in den USA nicht.

Angesichts des derzeitigen Kriegsgeschreis sollte man auch eines bedenken: Kein Krieg der USA in den letzten zwei Generationen hat das erhoffte Ergebnis gebracht, weder der in Vietnam, noch der in Afghanistan, noch die Libyen- Intervention. Es wird immer schwieriger, im Informationszeitalter Menschen mit Gewalt den eigenen Willen aufzuzwingen. Das europäische Friedensmodell hat sehr gut funktioniert, dennoch sind wir dabei, das amerikanische Modell zu übernehmen, wonach der Grundsatz gilt „Foreign Policy without the backing of the Military, is like a Base-ball Game without a Base-ball Bat“. Krieg ist ein integraler Teil der amerikanischen Außenpolitik, in Europa hat diesbezüglich ein fundamentales Umdenken stattgefunden. In Europa ist es uns nach dem

Zweiten Weltkrieg gelungen, auch die Außenpolitik zur Förderung des Wohls der Bürger einzusetzen. Aus Konfrontation wurde Kooperation, aus Warfare wurde Welfare. Nunmehr soll dieses Modell wieder auf den Kopf gestellt werden.

Es soll kein Zweifel daran bestehen, dass das österreichische Bundesheer die zur Sicherung unseres Landes notwendigen Mittel bekommt. Hingegen geht es den USA nicht um eine defensive Sicherheit, sondern darum, mit militärischen Mitteln die **weltweite Vorherrschaft** aufrecht zu erhalten. Die Europäer werden angehalten, dazu ihren Beitrag zu leisten. Aus diesem Grund wurde, wie auch Präsident Donald Trump betonte, das „Departement of Defense“ in „Departement of War“ umbenannt. Das ist durchaus legitim, aber müssen wir dabei mitziehen? Unser Wohlfahrtsstaat kann zweifellos in einen oder anderen Bereich modifiziert werden, aber muss deshalb das ganze System auf Kriegswirtschaft umgestellt werden?

Diese Frage ist deshalb von entscheidender Bedeutung, weil sich die Menschen in allen unseren Ländern einen weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates erwarten, so wie das während der letzten Generationen ständig geschehen ist. Gleichzeitig wird dessen Finanzierung immer schwieriger. Im Oktober 2026 erlebte Frankreich neuerlich massive Unruhen, die damit begonnen haben, dass Studenten mit ihren Studien- und Lebensbedingungen nicht zufrieden waren. Sehr rasch entfaltete sich das ganze zerstörerische Potenzial, das in der Gesellschaft vorhanden war. Bei allen sonstigen Unterschieden stimmten radikale Rechte und radikale Linke darin überein, dass die „Lebensbedingungen der Massen“ verbessert werden müssten. Dabei beläuft sich die Staatsverschuldung Frankreichs im zweiten Quartal 2026 bereits auf 3000 € 600 Milliarden. Das entspricht 119 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) des Landes. Und: Frankreich verzeichnete 2025 bereits im Haushaltsdefizit von € 152,5 Milliarden, was 5,1 % des BIP ausmachte. Der Staat gibt also regelmäßig wesentlich mehr aus als er einnimmt.

Schon Ende August 2025 hat der damalige französische Ministerpräsident angekündigt, am folgenden 8. September die Vertrauensfrage zu stellen. Konkret geht es darum, im Parlament eine Mehrheit für Einsparungen in der Höhe von € 44 Milliarden zu finden. Francois Bayrou begründet diesen Schritt damit, dass das Land wirtschaftlich am Abgrund steht. Tatsächlich betrug die Staatsverschuldung damals 114 % des Bruttoinlandsprodukts, Tendenz steigend. Während also Regierungschefs meistens bemüht sind, ihre

Politik und die daraus resultierenden Gegebenheiten in rosigen Farben erscheinen zu lassen, ist die französische Regierung nunmehr gezwungen, die Bevölkerung mit dem Ernst der Lage zu konfrontieren: Schon seit Jahren können die Maastricht-Kriterien nicht eingehalten werden. Budgetdefizit, Inflation und Staatsverschuldung sind viel zu hoch. Man ist in einer Situation, wie sie noch vor einigen Jahren Griechenland erfahren musste, als ausländische Gläubiger die Politik bestimmten. Bayrou selbst hat Frankreich mit einem Schiff verglichen, dem der Untergang droht.

Erwartungsgemäß wurde die Regierung gestürzt. Bei der am 8. September 2025 vom Ministerpräsidenten selbst verlangten Vertrauensabstimmung wurde er nur von 194 Parlamentariern unterstützt, 364 stimmten für seinen Rücktritt. Man hat Bayrou das Argument, für die katastrophale wirtschaftliche Situation wäre nicht die Regierung, sondern vielmehr die Franzosen selbst verantwortlich, die eben immer mehr Ausgaben wollten, nicht abgenommen.

Aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind nur das eine Problem, das ganze **politische System ist in einer Krise**. Nach den für ihn verlorenen Europawahlen traf Präsident Emmanuel Macron im Juni 2024 die fatale Entscheidung, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Bei diesen erhielt das von Marine Le Pen angeführte Rassemblement National im ersten Wahlgang mit 33 % die meisten Stimmen; die linke Neue Volksfront erhielt aufgrund von Koalitionsabsprachen die meisten Sitze, 180 von 577; Parteien, die den Präsidenten unterstützten, verloren dramatisch und erreichten zusammen gerade noch 20 % der Stimmen. Die politische Instabilität des Landes erreichte damit eine neue Dimension. Mit Francois Bayrou hatte Frankreich den vierten Ministerpräsidenten seit 2022.

Das große Problem dabei ist, dass nicht nur einzelne politische Maßnahmen umstritten sind, immer mehr Franzosen lehnen das gesamte politische System ab. Auf der Linken mobilisiert Jean-Luc Melancon in seiner Bewegung „La France insoumise“ (LFI) seine Anhänger für einen stärkeren Sozialstaat, ein besseres Gesundheitssystem, für eine Akzeptanz der Migration. Er ist für eine ökologische Planwirtschaft und fordert eine „VI. Republik“, in der auch

die direkte Demokratie verstärkt verankert werden soll. Sehr explizit ist LFI in der Migrationspolitik. Melanchon spricht nicht nur offen davon, dass ein Bevölkerungsaustausch stattfindet, er begrüßte diesen auch. Dies etwa mit dem Hinweis, dass es gut ist, dass sich die Gesellschaft verändert. „Das unter Ludwig XIV gesprochene Französisch würde heute niemand mehr verstehen“.

Was sehr wohl stattgefunden hat, ist ein weitgehender **Austausch der Wählerschaft**, verbunden mit einer Veränderung der jeweiligen politischen Positionen. Melanchon hat eine starke Anhängerschaft in den Banlieues, in den Vororten, gefunden, wo die, vielfach aus Nordafrika zugewanderten Migranten- Familien wohnen. Marine Le Pen und ihrem „Rassemblement National“ wiederum ist es gelungen, Mandate in jenen Regionen zu gewinnen, die früher von linken Parteien dominiert waren.

Diese Neuorientierung hat zu einer weiteren Neupositionierung geführt. Wurde Marine Le Pen die längste Zeit, noch in der Tradition ihres Vaters, Antisemitismus vorgeworfen, so muss sich jetzt Melanchon, vor allem im Zusammenhang mit seiner Pro-Palästinenser- Politik diesen Vorwurf gefallen lassen. Marine Le Pen hat sich hingegen an der großen Demonstration gegen den Antisemitismus beteiligt und der Vorsitzende ihrer Partei, Jordan Bardella, wurde sogar nach Israel eingeladen.

Weitgehende Übereinstimmung zwischen der radikalen Rechten und der radikalen Linken gibt es dahin, dass beide Bewegungen das derzeitige politische System ablehnen. Große Übereinstimmung gibt es auch in der Gegnerschaft gegen den von Brüssel ausgeübten EU- Zentralismus. Die gesamte gesellschaftliche Ordnung wird als äußerst ungerecht angesehen und sollte unbedingt zu Gunsten der benachteiligten Schichten der Bevölkerung geändert werden. Die Schwierigkeit dabei besteht darin, dass die französischen Sozialausgaben mit 34 % des Bruttoinlandsprodukts ohnehin schon im europäischen Spitzenfeld liegen. Dessen ungeachtet verlangen Melanchon und Le Pen grundlegende Korrekturen. Für LFI sollen die Mittel dafür durch eine stärkere Besteuerung „der Reichen“ dafür aufgebracht werden, für Le Pen durch Einsparungen bei der Ausländerpolitik.

Große Übereinstimmung besteht in der Ablehnung von Präsident Emmanuel Macron, dessen Zustimmungsrate tatsächlich unter 30 % gefallen ist. Macron wurde 2017 aufgrund seiner grundsätzlich richtigen Idee gewählt, dass zwischen Mitte- rechts und Mitte- links ein gemeinsames Programm möglich sein soll. Tatsächlich hat er dann in seiner Politik, wenn er eine Sache vertreten hat, immer wieder auch das Gegenteil davon gesagt und getan; sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außenpolitik.

Diese Widersprüchlichkeit zeigte sich sehr deutlich auch in der **Europapolitik** von Macron. In einer groß angelegten Rede im September 2017 hat der von den Vorteilen einer „europäischen Souveränität“ gesprochen, die „Europäer“ haben ihn gefeiert. Er hat auch verlangt, eine „Europa- Armee“ aufzustellen. Dabei kann man wohl sagen, dass eine europäische Souveränität im Verteidigungsbereich gerade in Frankreich heute mehr Wunschdenken als Wirklichkeit ist. Und auch Emmanuel Macron hat in keiner Weise angedeutet, dass er die Entscheidung über einen Einsatz der französischen „Force de frappe“, also der eigenen Atomwaffen, mit anderen Ländern teilen möchte. Es ist auch keine Rede davon, dass der ständige Sitz Frankreichs im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen der Europäischen Union übertragen würde.

Macron hat auch eine „wirtschaftliche Souveränität Europas“, eine „europäische Industriepolitik“ gefordert und von einer europäischen Souveränität bei Klima und Energie gesprochen. Bei der Umsetzung der Politik in diesen Bereichen standen dann aber immer die nationalen Interessen im Vordergrund. Und obwohl die Landwirtschaft von Beginn an ein Teil einer gemeinsamen europäischen Politik war, heißt das französische Landwirtschaftsministerium heute „Ministère de l’Agriculture et de la Souveraineté alimentaire“:

Nicht nur aus der Sicht der Opposition haben sich die Lebensbedingungen in Frankreich in wesentlichen Bereichen verschlechtert, von der Sicherheit im Inneren bis zu den Schulen, wo die Lehrer fehlen; von der illegalen Migration bis zur wachsenden Macht der Drogenbanden. Manche sprechen schon von einer „Mexikanisierung“ Frankreichs. Dazu kommen außenpolitische Rückschläge wie in Afrika, Unruhen in den Überseegebieten und Spannungen mit Ländern wie

Algerien. In dieser Situation hat sich der amtierende Staatspräsident weitgehend von der französischen Innenpolitik verabschiedet. Er tritt als Vorkämpfer im Krieg gegen Russland zur Rettung Europas auf. Er nennt den russischen Präsidenten „ein Ungeheuer“ und „ein Raubtier“, so als würden diese Beschimpfungen irgend ein Problem lösen. Dabei haben die im Oktober 2026 ausgebrochenen Unruhen neuerlich gezeigt, dass Frankreich wirtschaftlich, politisch und gesellschaftspolitisch immer mehr in eine große Krise schlittert.

Tatsächlich wird die Lösung aller Probleme dadurch erschwert, dass das Wort „Kompromiss“ in der politischen Diskussion Frankreichs ein Fremdwort ist. Auch die „Sozialpartner“ sind davon überzeugt, dass es um Klassenkampf geht. Und Reformen werden schon deshalb abgelehnt, weil es doch letztlich um „eine große Revolution“ gehen muss und nicht um kleinliche Korrekturen eines Systems, dass man ohnehin ablehnt.

Gibt es eine Rettung? Diese könnte vielleicht eine charismatische Persönlichkeit bringen. Viele Franzosen halten Napoleon noch immer für den Größten aller Zeiten. In der jüngeren Geschichte hat Charles de Gaulle zweimal das Land gerettet. Aber selbst er hat, nachdem er jedes Mal zur Aufgabe seiner Mission gezwungen worden war, nüchtern festgestellt: „ein Land mit 100 Kathedralen, das von 200 Familien beherrscht wird und 300 Käsesorten erzeugt, kann man nicht regieren“. Frankreich ist ein wichtiges Beispiel dafür, wie es wirtschaftlich, politisch und gesellschaftspolitisch heute um die Europäische Union steht. In manchen Ländern ist es vielleicht etwas besser, in anderen schlechter. Die entscheidende Frage ist und bleibt, ob wir uns unter diesen Bedingungen ein neues Wettrüsten leisten können, oder ob es nicht doch wesentlich klüger wäre, auf Diplomatie zu setzen, vor allem mit den Weltmächten.

Angeichts all dieser Herausforderungen stellt sich die Frage, welche Rolle Europa tatsächlich in der Zukunft in der Welt übernehmen könnte? Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber ein Rollenbild bietet sich an: Die Rolle, die **Griechenland in der Antike** gegenüber Rom eingenommen hat. Griechenland wurde von Rom erobert. Aber die Römer bewunderten die wesentlich ältere griechische Kultur. Philosophen wie Platon, Aristoteles oder die Stoiker beeinflussten die römischen Eliten. Römische

Autoren wie Cicero, Vergil und Horaz orientierten sich an griechischen Vorbildern. Römische Künstler übernahmen griechische Stile und kopierten griechische Skulpturen. Griechisch war die Sprache der gebildeten römischen Oberschicht. Schließlich wurden auch viele griechische Götter mit den römischen Göttern gleichgesetzt. Letztlich gilt wohl das Satz von Horaz, der das neue Verhältnis zwischen Griechenland und Rom so ausdrückte: „Das eroberte Griechenland eroberte seinerseits den wilden Sieger“. Könnte Europa mehr für die Weltgeschichte machen?

(*)Dr. Wendelin Ettmayer; aufgewachsen in Neukirchen am Walde, Dachsberg und Linz; Abgeordneter zum Nationalrat; Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat; Autor. www.wendelinettmayer.at

